

Die extremistische Agitation richtete sich aber auch gegen deutsches Regierungshandeln zur Unterstützung Israels sowie gegen die Verbote und Maßnahmen von Versammlungsbehörden und Polizei, welche als unzulässige Repression, Zensur und Unterdrückung legitimer Proteste bezeichnet wurden.

Im säkularen propalästinensischen Extremismus ist der Territorialkonflikt mit Israel der Hauptanknüpfungspunkt antisemitischer Agitation. Jüdinnen und Juden wird allenfalls die Möglichkeit einer Koexistenz in einem Staat „Palästina“ zugestanden, dessen Grenzen vom Jordanfluss bis zum Mittelmeer auch das Staatsgebiet Israels mit umfassen sollen. Das Existenzrecht Israels wird damit verneint.

## **Säkularer propalästinensischer Extremismus**

*„Israel has the right to exist just as much as the Soviet Union does – or cancer, for that matter.“*

*(Instagram-Account „Palästina Spricht“, 1. Oktober 2024)*

Religiöse oder rassistische Minderwertigkeitszuschreibungen in Bezug auf jüdische Menschen sind dabei jedoch von untergeordneter Bedeutung. Dies unterscheidet die Akteure im säkularen propalästinensischen Extremismus von denen des religiös islamistisch geprägten Spektrums. Im säkularen Bereich werden insbesondere linksextremistische Auffassungen wie eine marxistisch-leninistische Ideologie vertreten: Israel wird daher vor allem aus antizionistischen oder antiimperialistischen Gründen abgelehnt. Entsprechend regelmäßig sind auf propalästinensischen Veranstaltungen antiisraelische Darstellungen oder Parolen feststellbar.

In Deutschland relevant sind die nicht öffentlich unter ihrem Namen agierende terroristische PFLP<sup>15</sup> sowie ihr hierzulande verbotenes Unterstützungsnetzwerk „Samidoun“<sup>16</sup>. Beide Organisationen bestreiten das Existenzrecht Israels und propagieren mehr oder weniger offen den bewaffneten Kampf gegen Israel. Sie treten gemeinsam mit Anhängern und Sympathisanten extremistischer

<sup>15</sup> „Volksfront für die Befreiung Palästinas“.

<sup>16</sup> „Samidoun – Palestinian Prisoner Solidarity Network“. Auf Deutsch: „Samidoun – Palästinensisches Gefangenennetzwerk“. „Samidoun“ selbst ist seit dem Verbot im November 2023 in Deutschland unter dieser Bezeichnung zwar nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten, ehemalige Akteure sind aber weiterhin innerhalb der extremistischen propalästinensischen Szene aktiv.

propalästinensischer Gruppierungen in Deutschland<sup>17</sup>, die der internationalen Bewegung „Boycott, Divestment and Sanctions“<sup>18</sup> (BDS) nahestehen oder deren Forderungen unterstützen, und unorganisierten extremistischen propalästinensischen Einzelpersonen bei Veranstaltungen und Protestkundgebungen öffentlich in Erscheinung. Hier zeigt sich immer wieder das dieser Szene auch abseits fester Organisationszugehörigkeiten innewohnende Mobilisierungspotenzial.

## **Türkischer Rechtsextremismus**

Antisemitismus und Rassismus sind Kernelemente der rechtsextremistischen türkischen „Ülkücü“-Ideologie. So sind die Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden, die Negierung des Existenzrechts Israels, das Verbreiten antisemitischer Stereotype und Verschwörungserzählungen auch unter türkischen Rechtsextremisten in Deutschland verbreitet. Hinzu tritt ein Antizionismus, der sich als einseitige Parteinahme für die palästinensischen Belange manifestiert. Auch wenn sie einer im Kern antisemitischen Ideologie anhängen, leben nicht alle der hierzulande etwa 12.900 „Ülkücü“-Anhänger diesen Antisemitismus offen aus. Vor allem die Dachverbände und deren Anhängerschaften halten sich hier mit öffentlichen Aussagen zurück. Offen antisemitische und israelfeindliche Aussagen werden überwiegend von Personen aus der unorganisierten „Ülkücü“-Szene und vor allem in sozialen Medien geäußert oder weiterverbreitet.

## **Türkischer Linksextremismus**

Die in Deutschland agierenden türkischen linksextremistischen Organisationen beziehen im Israel-Palästina-Konflikt regelmäßig klar Position. Sie solidarisieren sich mit den Palästinenserinnen und Palästinensern als Verbündete in ihrem „antiimperialistischen Kampf“ sowie explizit auch mit deren extremistischen und terroristischen Strukturen. Der Staat Israel wird als „imperialistisch“ abgelehnt und sein Existenzrecht verneint. Entsprechend steht hier auf der Grundlage linksextremistischer Ideologie der Staat Israel im Fokus der Agitation, nicht jedoch Jüdinnen und Juden. Daher spielt Antisemitismus ideologisch im türkischen Linksextremismus grundsätzlich keine Rolle, vielmehr wird das eigene „antiimperialistische“ und „antikapitalistische“ Weltbild konsequent im Sinne einer Ablehnung des Staates Israel vertreten. Aufgrund dieses

<sup>17</sup> Zu nennen sind hier beispielsweise „BDS-Berlin“ und „BDS-Bonn“ sowie die Gruppierung „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.“ (Kurzform: „Jüdische Stimme“).

<sup>18</sup> Auf Deutsch: „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“.

gemeinsamen ideologischen Fundaments gibt es verschiedenartige Vernetzungen zwischen türkischen und deutschen Linksextremisten sowie säkularen propalästinensischen Extremisten.

#### **IV. Rechtsextremismus, „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“, „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“**

Der eskalierende Nahostkonflikt nahm im Berichtsjahr in der rechtsextremistischen Szene ebenso wie in den Bereichen der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ und der „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ keine hervorgehobene Stellung ein. Vor allem rechtsextremistische Akteure äußerten sich im Rahmen der aktuellen Lage überwiegend zu den Themen Asyl und Migration. Insbesondere zeichneten Rechtsextremisten das Bild eines „Imports“ fremder Konflikte nach Deutschland durch Flüchtlingsbewegungen aus dem Krisengebiet. Die konkreten Entwicklungen vor Ort spielten demgegenüber nur eine nachrangige Rolle. Die Ereignisse stellten vielmehr ein weltpolitisches Thema unter anderen dar, die regelmäßig aufgegriffen und instrumentalisiert werden. Die rechtsextremistische Rezeption folgte damit bereits aus früheren Eskalationen in der Region bekannten agitatorischen Mustern.

Zu Beginn der Kampfhandlungen im Oktober 2023 kommentierten Rechtsextremisten den Nahostkonflikt zunächst noch uneinheitlich, im Laufe der Zeit zeigten sich jedoch mit zunehmendem Anteil antiisraelische und propalästinensische Haltungen. Die rechtsextremistische Szene instrumentalisierte die Eskalation in Nahost für die Propagierung von migrationsfeindlichen Positionen, während Antisemitismus demgegenüber vor allem im Zusammenhang mit der Verbreitung antisemitisch konnotierter Verschwörungserzählungen eine Rolle spielte. Dabei wurde auch aus dem Phänomenbereich der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sowie aus dem Delegitimierungsspektrum unter anderem die Theorie verbreitet, Israel habe vorab Kenntnis von dem bevorstehenden HAMAS-Angriff besessen und diesen bewusst zugelassen oder sogar inszeniert, um eine endgültige Klärung des Konflikts zugunsten Israels herbeizuführen („False-Flag-These“). Ebenso wurde im Zusammenhang mit der militärischen Intervention Israels im

Gazastreifen sowie in Libanon und der damit einhergehenden zivilen Opfer das antisemitische „Kindermord“-Narrativ<sup>19</sup> verbreitet. Nicht zuletzt nutzten Rechtsextremisten den Konflikt, um im Zuge einer verallgemeinernden Diffamierung des Staates Israel dessen Existenzrecht in Gänze zu negieren.

**Asyl und Migration** Von Akteuren der Neuen Rechten wie der „COMPACT-Magazin GmbH“ und Vertretern der „Identitären Bewegung“ wurde eine Einreiseverweigerung für vor dem Konflikt fliehende Personen beziehungsweise deren Rückführung gefordert. Insgesamt nahmen Rechtsextremisten das Wiederaufflammen des Nahostkonflikts zum Anlass, vor einem „Import“ dieses Konflikts nach Deutschland durch unbeschränkte Zuwanderung vor allem von Migrant\*innen aus dem arabischen Raum zu warnen und diesen pauschal ein Aufenthaltsrecht in Deutschland abzusprechen.

**„Junge Nationalisten“** Die „Jungen Nationalisten“ (JN), die Jugendorganisation der Partei „Die Heimat“ (vormals NPD), positionierten sich überwiegend antiisraelisch. In einem im Oktober 2024 auf dem Telegram-Kanal der JN veröffentlichten Beitrag wurde Israel als Hauptaggressor im Nahostkonflikt bezeichnet:

*„Israel mordet und die Welt schaut zu! (...) Westliche Heuchler sprechen von Souveränität – aber nur für ausgewählte Völker. Es wird Zeit die internationale Rückendeckung für das israelische Morden zu beenden und mit Druck und Sanktionen den Hauptaggressor im Nahen Osten zum Einlenken zu bewegen.“  
(Internetplattform Telegram, 1. Oktober 2024)*

**„Der III. Weg“** Die sich selbst als antiimperialistisch verstehende Partei „Der III. Weg“ trat schon seit Beginn des eskalierenden Konflikts antiisraelisch auf. Sie bezeichnet Israel regelmäßig als „Terrorstaat“ und wirft ihm „gierige Expansionsbestrebungen“ vor. Zudem sieht sie in der Bundesrepublik Deutschland ein „Besatzungskonstrukt der judäoplutokratischen<sup>20</sup> Siegermächte“, welches kein Recht dazu

<sup>19</sup> Diesem bereits in der Antike und insbesondere im Mittelalter verbreiteten Narrativ zufolge hätten Jüdinnen und Juden Kinder entführt und ermordet, um deren Blut im Rahmen diverser Rituale zu verwenden. In abgewandelter Form wird dieses Narrativ bis heute vertreten.

<sup>20</sup> Plutokratie bedeutet „Herrschaft des Geldes“.

habe, „die Unterstützung von Israels imperialistischen Aggressionen als ‚deutsche Staatsräson‘ zu bezeichnen“<sup>21</sup>

Antisemitismus erfüllt in seinen diversen Ausprägungen im Rechtsextremismus als zentrales und konstantes Ideologeelement verschiedene Funktionen. So stellen Jüdinnen und Juden, als jüdisch angesehene Personen sowie grundsätzlich alles „jüdische“ fest etablierte Feindbilder dar, welche nicht zuletzt eine szenenübergreifende Verbindung und gemeinsame Identitätsstiftung ermöglichen. Daher ist Antisemitismus in unterschiedlicher Intensität in allen Teilbereichen des Rechtsextremismus feststellbar.

## Antisemitismus im Rechtsextremismus

Judenfeindliche Einstellungen und vor allem antisemitisch geprägte Verschwörungsnarrative bieten Rechtsextremisten, „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ sowie Angehörigen des Delegitimierungsspektrums einfache Erklärungsmuster für komplexe Sachverhalte und abstrakte politische Entwicklungen. In ihrem Kern enthalten sie oft die Vorstellung einer geheimen jüdischen Weltverschwörung.

## Anschlussfähigkeit

Verschwörungserzählungen sind allgemein für die niederschwellige Verbreitung antisemitischer Inhalte sowie Denk- und Argumentationsweisen von zentraler Bedeutung. Die überwiegend codierten<sup>22</sup> – und daher ohne Vorwissen nicht immer einfach zu identifizierenden – antisemitischen Narrative ermöglichen es Extremisten, auch Anschluss an nicht extremistische Personenkreise zu erlangen. Antisemitismus wird somit nicht nur sichtbarer, sondern dient Extremisten auch dazu, ihre jeweiligen Ideologien zu verbreiten. Dabei nimmt das Internet eine zentrale Rolle ein.

## V. Linksextremismus

Die Situation im Nahen Osten bildete auch 2024 für Teile der linksextremistischen Szene einen Schwerpunkt ihrer Agitation.

<sup>21</sup> Homepage „Der III. Weg“ (29. September 2024).

<sup>22</sup> Zu den typischen Begriffen, die als antisemitische Codes im Rahmen solcher Narrative verwendet werden können, zählen „Globalisten“, „Finanzelite“ oder „Ostküste“. Derartige Codes sind in der Regel nicht eindeutig, sondern kontextabhängig. Daher ist nicht jede Verwendung entsprechender Begrifflichkeiten zwangsläufig antisemitisch.

Linksextremisten fungierten als Scharfmacher und Mobilisierungstreiber: Sie organisierten Veranstaltungen, riefen zur Teilnahme an diesen auf und beteiligten sich auch selbst am Protestgeschehen – zum Teil auch mit dem Ziel, neue Anhänger für sich zu gewinnen.

**Spaltung der Szene** Innerhalb der linksextremistischen Szene werden bezüglich des Nahostkonflikts sowohl proisraelische als auch propalästinensische Positionen vertreten. Die Szene zeigt sich insoweit gespalten. Linksextremisten aus dem autonomen und vor allem dem antideutschen Spektrum stellten sich größtenteils auf die Seite Israels, während sich der größere Teil der Szene aus dem antiimperialistischen und dogmatischen Spektrum propalästinensisch positionierte. Die Parteinahme für Israel kann bei autonomen Linksextremisten damit begründet werden, dass diese der HAMAS primär antisemitische Beweggründe für die Terrorangriffe auf Israel am 7. Oktober 2023 unterstellen und lediglich nachrangig die Erreichung territorialer oder sonstiger Ziele. Dahingegen liegen den propalästinensischen Positionen dogmatischer Linksextremisten antiimperialistische Weltanschauungen zugrunde. Nach diesen würde Israel die palästinensische Bevölkerung aus „imperialistischen“ und „kapitalistischen“ Beweggründen kolonialisieren (vgl. Berichtsteil Linksextremismus, Kap. II, Nr. 5).

**Teilnahme an den Hochschulprotesten** Neben den im Jahr 2024 schwerpunktmäßig vor allem in Berlin stattfindenden propalästinensischen Protesten (vgl. Kap. I) beteiligten sich Linksextremisten auch an den israelfeindlichen (Hörsaal-)Besetzungen und Veranstaltungen an Hochschulen, die in verschiedenen deutschen Städten durchgeführt wurden. Hier gab es vor allem im Frühjahr 2024 eine Häufung der Proteste, angeregt durch ähnliche Aktionen in den USA. Auch hier fungierten die involvierten linksextremistischen Einzelpersonen und Organisationen als Scharfmacher und Mobilisierungstreiber. Ihr Ziel war es, die mehrheitlich nicht extremistischen Teilnehmer dieser Besetzungen und Proteste ideologisch zu beeinflussen, zu radikalieren und als neue Mitglieder für die eigenen extremistischen Organisationen zu rekrutieren. Eine zentrale Steuerung oder Durchsetzung der Hochschulproteste durch Linksextremisten war im Berichtszeitraum aber nicht festzustellen.

**Spektrren-  
übergreifende  
Vernetzung** Zwischen antiimperialistischen und dogmatischen deutschen Linksextremisten, säkularen propalästinensischen Extremisten

und türkischen Linksextremisten bestehen verschiedene Vernetzungen. Es kam zur gegenseitigen Beteiligung an und Mobilisierung zu Veranstaltungen sowie Solidaritätsbekundungen. Bereits vor dem 7. Oktober 2023 waren – wenn auch nicht in so ausgeprägter Form – Vernetzungsbestrebungen zwischen den genannten extremistischen Strömungen festzustellen. Das gemeinsame Feindbild Israel lässt alte Verbindungen zutage treten und bringt neue hervor. Auch in Zukunft könnte es vor diesem Hintergrund zu einer verstärkten Zusammenarbeit von Extremisten unterschiedlicher Phänomenbereiche kommen. Vor allem für dogmatische Linksextremisten stellt die Palästinasolidarität ein zentrales und einander verbindendes Betätigungsfeld dar (vgl. Berichtsteil Linksextremismus, Kap. II, Nr. 5).

Linksextremisten greifen gezielt tagespolitisch bedeutsame Themen auf, um Einfluss auf gesellschaftliche Diskussionen zu nehmen und ihre eigenen extremistischen Positionen einzubringen. In Bezug auf die Lage im Nahen Osten versuchen sie, bei Veranstaltungen Teilnehmer zu radikalisieren, das Vertrauen in den demokratischen Staat und seine Institutionen zu untergraben sowie staatliches Handeln als „rassistisch“, „imperialistisch“ und „repressiv“ zu delegitimieren. Solange der Nahostkonflikt politisch und medial präsent ist, werden Linksextremisten diesen als Vehikel für ihre eigenen Botschaften und Absichten instrumentalisieren.

### **Instrumentalisierung des Nahostkonflikts**

## **VI. Spionage, Cyberangriffe und sonstige sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Aktivitäten für eine fremde Macht**

Der Nahostkonflikt kann auch im Hinblick auf Spionage, Cyberangriffe, Desinformation und Einflussnahme die Sicherheitslage in Deutschland beeinträchtigen.

So gehören beispielsweise (pro-)israelische sowie (pro-)jüdische Ziele in Deutschland unter anderem wegen der antiisraelischen Staatsdoktrin weiterhin zu den Zielobjekten der Nachrichtendienste Irans: Wie das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) im Dezember 2023 in einem Urteil rechtskräftig feststellte, hatten staatliche iranische Stellen im November 2022

Brandanschläge auf Synagogen in Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben.<sup>23</sup>

Die prorussische Haktivistengruppierung<sup>24</sup> NoName057(16) hat im Dezember 2024 mit anderen Gruppierungen aus einer „Holy League“ genannten Allianz Websites von Bundes- und Landesbehörden sowie deutscher Unternehmen mit DDoS<sup>25</sup>-Angriffen kurzfristig gestört. In dieser Allianz sind auch propalästinensische Gruppierungen aktiv. Diese Zusammenarbeit prorussischer und propalästinensischer Gruppierungen unterstreicht die anhaltenden Anstrengungen solcher Haktivisten, sich international zu vernetzen. Zugleich fügt sich dieses Vorgehen in das hybride Vorgehen des russischen Staatsapparats im Cyber- und Informationsraum ein, das darauf abzielt, über verschiedene Formen der Einflussnahme polarisierende Effekte in westlichen Demokratien zu befeuern.

Russische Desinformation zeigte sich beispielsweise durch propagandistische Beiträge prorussischer Medienportale wie RT, die den Staat Israel als „Terror-Staat“ und „Vasallen der USA“ bezeichneten.<sup>26</sup> Ein anderes Onlinemedium ließ 2024 zum ersten Jahrestag des 7. Oktobers in einer Interviewreihe führende Personen von HAMAS, „Hizb Allah“, PFLP und PIJ<sup>27</sup> ausführlich zu Wort kommen. Des Weiteren berichtete es direkt aus der im Mai 2024 von propalästinensischen Aktivisten besetzten Humboldt-Universität in Berlin.

## VII. Gefährdungspotenzial

Die Eskalation in Nahost hat auch zu einer Erhöhung der Gefährdungslage in Europa und Deutschland geführt. Neben einer

<sup>23</sup> OLG Düsseldorf, Urteil vom 19.12.2023 – Az. 6 StS 1/23.

<sup>24</sup> Der Begriff Haktivismus ist eine Kombination aus „Hacking“ und „Aktivismus“ und bezeichnet den Einsatz von Mitteln und Methoden der Cyberkriminalität, die aber nicht dem kriminellen Gelderwerb dienen. Die Aktionen sind häufig moralisch oder religiös, aber auch politisch oder ideologisch motiviert. Computer und Netzwerke sind gleichzeitig Tatmittel und Angriffsziele.

<sup>25</sup> „Distributed-Denial-of-Service“: Überlastungsangriffe mit einer hohen Anzahl von gleichzeitig angreifenden Rechnern.

<sup>26</sup> Homepage RT DE (27. Januar 2025).

<sup>27</sup> „Palästinensischer Islamischer Jihad“.



grundsätzlich gestiegenen abstrakten Gefährdung insbesondere für Juden und Israelis sowie deren Einrichtungen kam es konkret auch zu einer Vielzahl von israelfeindlichen Straftaten, antisemitischer Hetze und Ausschreitungen bei propalästinensischen Demonstrationen – bis hin zu Angriffen auf die Polizei, Medienvertreterinnen und -vertreter sowie Gegendemonstranten.

In diese Gemengelage sind auch Extremisten aus nahezu allen Phänomenbereichen involviert. Neben der Androhung oder Anwendung von Gewalt durch Einzelpersonen sind extremistische Gruppierungen vor allem als Mobilisierungstreiber und Scharfmacher beteiligt: Sie organisieren Proteste oder prägen das Bild von Versammlungen mit ihren Parolen, Bannern sowie Redebeiträgen und verbreiten Hass und Propaganda in den sozialen Medien. Waren sie zu Beginn der aufgeflammtten Nahostproteste im Oktober und November 2023 noch eher ein kleiner Teil der teilnehmenden Menge, hat sich mittlerweile vor allem in Berlin ein harter Kern von einigen Hundert Personen herauskristallisiert, der vor allem Akteure aus dem säkularen propalästinensischen Spektrum umfasst und damit nun deutlich stärker extremistisch durchsetzt ist. Hier zeigte sich in der zweiten Jahreshälfte 2024 eine zunehmende Radikalisierung und Gewaltbereitschaft unter den Teilnehmern.

Die Lageentwicklung in Deutschland ist wie im Vorjahr stark abhängig von der Lage im Nahen Osten, insbesondere in Gaza. Terroristische Aktionen zum Beispiel der HAMAS, das militärische Vorgehen Israels und die humanitäre Situation der Menschen vor Ort emotionalisieren auch hierzulande viele Menschen, haben Auswirkungen auf das Versammlungsgeschehen und dienen Extremisten als Anknüpfungspunkte für ihre eigene Agitation und Propaganda. Die deutliche Zunahme antisemitischer Straftaten seit Oktober 2023 verdeutlicht, dass die Aufstachelung zu Hass und Gewalt durch antisemitisches Gedankengut zu verbalen und gewalttätigen Ausschreitungen führen kann.

Die Wirkung der Kampfhandlungen im Gazastreifen und in Libanon auf jihadistische Organisationen mit einer globalen Agenda bleibt ebenfalls relevant. Sowohl der „Islamische Staat“ als auch „al-Qaida“ riefen in ihren Propagandaveröffentlichungen ungeachtet ihrer sonst ablehnenden Haltung gegenüber HAMAS und „Hizb Allah“ zu weltweiten Anschlägen gegen jüdische Menschen

und Einrichtungen, den Staat Israel und dessen westliche Unterstützer sowie amerikanische Militärinfrastruktur auf.

Auch in der deutschen jihadistischen Szene waren Aufrufe zu Gewalt zu verzeichnen. Das Gefahrenpotenzial für mögliche Terroranschläge in Deutschland durch jihadistische Organisationen sowie durch sie angeleitete oder inspirierte Einzelpersonen ist in der Folge weiterhin hoch.

Es lässt sich außerdem nach wie vor feststellen, dass antisemitische Ressentiments seit dem Terrorangriff der HAMAS auch von Islamisten wesentlich expliziter ausgedrückt werden. Damit wächst die Gefahr, dass sich auch bisher eher moderate Onlinemilieus radikalisierten oder zumindest ein höheres Radikalisierungspotenzial entwickeln.

Der gezielte und geplante Einsatz von Gewalt gegen Jüdinnen und Juden sowie israelische und jüdische Einrichtungen konnte seit dem 7. Oktober 2023 nur vereinzelt festgestellt werden, wohl aber Sachbeschädigungen auch an proisraelischen sowie deutschen staatlichen und staatlich anerkannten Einrichtungen wie Schulen und Universitäten. Sofern Gewalttaten verübt wurden, blieben die Täter entweder unbekannt oder konnten keinem extremistischen Spektrum zugeordnet werden. In Bezug auf israelische und jüdische Einrichtungen besteht eine erhöhte abstrakte Gefährdung, da Extremisten diese als Repräsentanzen des ihnen verhassten Staates Israel respektive der dortigen Politik wahrnehmen. Hinzu kommt das latente Gefühl der Angst und Unsicherheit, dem jüdischen Menschen in Deutschland aufgrund des Hasses und der Gewaltaufrufe israelfeindlicher und antisemitischer Extremisten tagtäglich ausgesetzt sind.



## **Rechtsextremismus/ rechtsextremistischer Terrorismus**

# Rechtsextremismus/ rechtsextremistischer Terrorismus

## I. Überblick

Im Rechtsextremismus wird der Wert eines Menschen an seiner Ethnie, Nationalität, geografischen Herkunft oder auch an seiner vermeintlichen „Rasse“ gemessen. In einer auf Basis dieses Verständnisses konstruierten ethnisch-rassischen „Volksgemeinschaft“ werden zentrale Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie die Menschenwürde, das Rechtsstaats- oder das Demokratieprinzip missachtet. Die rechtsextremistische Agitation ist insbesondere geprägt von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus sowie Demokratie-, Fremden-, Migrations- und Islam- beziehungsweise Muslimfeindlichkeit.

### 1. Entwicklungstendenzen

#### **Aufgreifen von Themen des gesellschaftlichen Diskurses**

Zur Verbreitung ihrer Narrative versuchen Rechtsextremisten, an Themen des gesellschaftlichen Diskurses anzuknüpfen und diese für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. So wurde die eskalierende Situation im Nahostkonflikt genutzt, um migrationsfeindliche und antisemitische Positionen zu propagieren (vgl. Sonderkapitel „Auswirkungen des Nahostkonflikts und Antisemitismus“). Insbesondere die islamistisch motivierten Gewalttaten von Mannheim (Baden-Württemberg) und Solingen (Nordrhein-Westfalen) führten zu Reaktionen der rechtsextremistischen Szene und rückten den Themenkomplex „Asyl und Migration“ erneut in den Mittelpunkt rechtsextremistischer Agitation.

#### **Demonstrations- geschehen**

Die Anzahl der von den Verfassungsschutzbehörden registrierten rechtsextremistischen Kundgebungen bewegte sich 2024 auf einem ähnlich hohen Niveau wie im Vorjahr. Während bei der Partei „Freie Sachsen“, welche auch im Jahr 2024 das Demonstrationsgeschehen maßgeblich beeinflusste, ein leichter Rückgang im Vorjahresvergleich zu beobachten war, konnten andere rechtsextremistische Veranstalter ihr Mobilisierungspotenzial weitgehend konstant halten beziehungsweise leicht steigern. Das Thema „Asyl und Migration“ blieb auch im Berichtsjahr zentrales Agitationsfeld

rechtsextremistischer Demonstrationen. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang eine Kundgebung anlässlich der Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt (vgl. Kap. III, Nr. 1), für welche in der Stadt zu einer kurzfristig von Rechtsextremisten angemeldeten Kundgebung 2.100 Teilnehmer, darunter etwa 400 Rechtsextremisten, mobilisiert werden konnten. Daneben rückte im Berichtsjahr das Agitationsfeld „Queerfeindlichkeit“ bei rechtsextremistischen Demonstrationen zunehmend in den Fokus, insbesondere im Zusammenhang mit Gegendemonstrationen zu Christopher Street Day-Veranstaltungen im Sommer 2024 (vgl. Kap. III, Nr. 4). Auch das Themenfeld „Wahlen“ spielte vor dem Hintergrund der im Berichtsjahr durchgeführten Kommunal- und Landtagswahlen sowie der Europawahl eine zentrale Rolle im rechtsextremistischen Demonstrationsgeschehen 2024. Die mit 13.000 Teilnehmern größte von Rechtsextremisten angemeldete Demonstration des Jahres wurde im Januar 2024 durch die „Freien Sachsen“ veranstaltet. Hierbei konnte die Partei unter dem Motto „ALLE zusammen – JETZT“ an die zu Beginn des Jahres veranstalteten Bauernproteste anknüpfen und eine weit überwiegende Anzahl von Teilnehmern auch aus dem bürgerlich-demokratischen Milieu mobilisieren.

Die regionale rechtsextremistische Initiative „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) führte im Oktober 2024 ihre 250. und – nach Aussage der Initiatoren – letzte Kundgebung durch. Ihr Gründer und zentraler Aktivist kündigte jedoch an, dass es trotz der Beendigung der Kundgebungen in Zukunft alternative Formate von PEGIDA geben werde. Die 2014 gegründete Initiative demonstrierte zeitweise wöchentlich montags in Dresden (Sachsen) gegen eine angebliche „Islamisierung des Abendlandes“. Ihr anfänglich hohes Mobilisierungspotenzial mit Teilnehmern in einem zeitweilig fünfstelligen Bereich nahm in den letzten Jahren kontinuierlich ab und befand sich zuletzt – insbesondere seit dem Beginn der Coronapandemie – regelmäßig nur noch im mittleren dreistelligen Bereich.

Rechtsextremistische Demonstrationen		
	2023	2024
„Die Heimat“ (vormals NPD)/ „Junge Nationalisten“ (JN) <sup>28</sup>	4	11
„DIE RECHTE“	5	5
„Der III. Weg“	13	9
„Freie Sachsen“	198	177
„Neue Stärke Partei“	4	3
Neonazis/sonstige Rechtsextremisten	143	155
<b>Insgesamt</b>	<b>367</b>	<b>360</b>

### Entwicklung des Verdachtsfalls „Alternative für Deutschland“

Mit Urteil vom 8. März 2022 und Beschluss vom 10. März 2022 bestätigte das VG Köln die durch das BfV vorgenommene Einstufung als Verdachtsfall aufgrund des Vorliegens tatsächlicher Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen.<sup>29</sup> Das Oberverwaltungsgericht (OVG) des Landes Nordrhein-Westfalen bestätigte mit Urteil vom 13. Mai 2024 im Berufungsverfahren die Rechtmäßigkeit der Beobachtung der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) als Verdachtsfall einer rechtsextremistischen Bestrebung durch das BfV.<sup>30</sup> Die AfD stellt mit Blick auf ihre politischen und gesellschaftlichen Wirkungen und die Mitgliederzahlen den maßgebenden Akteur innerhalb des rechtsextremistischen beziehungsweise rechtsextremismusverdächtigen Parteienspektrums dar. Dies wird durch die Wahlergebnisse der Partei bei den Landtagswahlen im Berichtsjahr unterstrichen: So konnte die AfD in Sachsen 30,6 %, in Thüringen 32,8 % und in Brandenburg 29,2 % der Stimmen erreichen.

### Aktivitäten gegen die LSBTIQ-Community

Personen aus der LSBTIQ-Community sind in den letzten Jahren zunehmend Ziel von Agitation und Angriffen seitens der rechtsextremistischen Szene geworden. Dabei ist neben einem steigenden Niveau der Onlineagitation insbesondere seit Juni 2024 die vermehrt realweltliche und gewaltorientierte Fokussierung,

<sup>28</sup> Die JN sind die Jugendorganisation der Partei „Die Heimat“ (vormals NPD).

<sup>29</sup> VG Köln, Urteil vom 08.03.2022 – Az. 13 K 326/21 und Beschluss vom 10.03.2022 – Az. 13 L 105/21.

<sup>30</sup> OVG NRW, Urteil vom 13.05.2024 – Az. 5 A 1218/22.

insbesondere in Zusammenhang mit Veranstaltungen zum Christopher Street Day (CSD), in ihrer Intensität eine besorgniserregende Entwicklung.

## 2. Personenpotenzial

Rechtsextremismuspotenzial <sup>1</sup>			
	2022	2023	2024
In Parteien	15.500	16.300	25.000
„Die Heimat“ (vormals „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, NPD)	3.000	2.800	2.500
„Freie Sachsen“	-	-	1.200
„Der III. Weg“	700	800	950
Verdachtsfall „Alternative für Deutschland“ (AfD) <sup>2</sup>	10.200	11.300	20.000
Sonstiges rechtsextremistisches Personenpotenzial in Parteien <sup>3</sup>	1.150	1.100	350
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen <sup>4</sup>	8.500	8.500	8.500
Weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial <sup>5</sup>	16.000	17.000	18.000
<b>Summe</b>	<b>40.000</b>	<b>41.800</b>	<b>51.500</b>
<b>Nach Abzug von Mehrfachzuordnungen</b>	<b>38.800</b>	<b>40.600</b>	<b>50.250</b>
<b>Davon gewaltorientierte Rechtsextremisten</b>	<b>14.000</b>	<b>14.500</b>	<b>15.300</b>

<sup>1</sup> Die Zahlen sind zum Teil geschätzt und gerundet.

<sup>2</sup> Hierunter werden auch die Mitglieder der der AfD (Verdachtsfall) zugehörigen Teilorganisation „Junge Alternative“ (JA) gezählt; die geschätzte Zahl der Doppelmitgliedschaften ist dabei berücksichtigt.

<sup>3</sup> Unter dem sonstigen rechtsextremistischen Personenpotenzial in Parteien werden unter anderem die Mitglieder der Partei „DIE RECHTE“ und der „Neue Stärke Partei“ (NSP) gezählt.

<sup>4</sup> Hierunter werden unter anderem die Personenpotenziale der Beobachtungsobjekte „COMPACT-Magazin GmbH“, „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD), „PI-NEWS“, „Institut für Staatspolitik“ (IFS), „Ein Prozent e.V.“ und „Antaios-Verlag“ sowie der Teil von insgesamt 1.400 rechtsextremistischen „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ gezählt, der parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen zuzurechnen ist.

<sup>5</sup> Hierzu zählt im Berichtsjahr der Teil von insgesamt 1.400 rechtsextremistischen „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“, der keiner festen Struktur zuzurechnen ist.

## II. Gewalt und rechtsterroristische Ansätze sowie staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremismus

### 1. Entwicklung der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten

Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten entwickelten sich im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

Die Gesamtzahl rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten stieg deutlich um 47,4 % an (2023: 25.660, 2024: 37.835). Propagandadelikte (24.177) bildeten wiederum mit 63,9 % den Hauptanteil der rechtsextremistischen Straftaten. Bei 3,4 % der rechtsextremistischen Straftaten handelte es sich um Gewaltdelikte.

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten um 11,6 % (2023: 1.148, 2024: 1.281). Körperverletzungsdelikte (1.121) bildeten mit 87,5 % der Gesamtzahl der Gewaltdelikte den größten Anteil und bewegten sich somit in etwa auf dem gleichen prozentualen Niveau des Vorjahres (2023: 1.016, 88,5 %). Bei der Anzahl der Brandstiftungsdelikte konnte ein prozentual erheblicher Anstieg festgestellt werden (2023: 16, 2024: 23, +43,8 %). Die Gesamtzahl der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte stieg um 5,4 % an (2023: 933, 2024: 983). Auch bei den rechtsextremistisch motivierten Körperverletzungsdelikten mit fremdenfeindlichem Hintergrund war eine Steigerung von 4,8 % zu beobachten (2023: 874, 2024: 916). Die Zahl der rechtsextremistischen Nötigungen bzw. Bedrohungen nahm um 32,6 % deutlich zu (2023: 518, 2024: 687), die der Volksverhetzungsdelikte erhöhte sich ebenfalls stark um 24,4 % (2023: 4.746, 2024: 5.905). Besonders auffällig war zudem der Anstieg von Sachbeschädigungen von 781 im Jahr 2023 auf 1.646 im Jahr 2024, was mehr als eine Verdoppelung ausmachte (+ 110,8 %).

Im Jahr 2024 wurden 6 versuchte Tötungsdelikte (2023: 4) gezählt.

Im Kontext rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten gegen Asylunterkünfte spiegelte sich weiterhin die hohe Bedeutung des Themenkomplexes „Migration und Asyl“ innerhalb der rechtsextremistischen Szene wider. So erhöhte sich die Zahl der Straftaten gegen Asylunterkünfte auch im Jahr 2024 (196) erheblich um



32,4 % im Vergleich zum Vorjahr (148). Auch die Zahl der Gewaltdelikte in diesem Themenkomplex (2023: 15, 2024 19) stieg hierzu korrespondierend an.

Die Gesamtzahl rechtsextremistischer Straftaten mit antisemitischer Motivation bewegte sich 2024 auf dem Niveau des Vorjahres (2023: 2.762, 2024: 2.775). Trotz eines leichten Rückgangs machten Volksverhetzungsdelikte mit 64,2 % weiterhin die Mehrheit aller rechtsextremistischen, antisemitisch motivierten Straftaten aus (2023: 1.899, 2024: 1.781, -6,2 %). Demgegenüber stieg die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten mit antisemitischer Motivation von 43 auf 54 im Jahr 2024 (+25,6 %).

## 2. Gefahr rechtsterroristischer Ansätze und Radikalisierung im Internet

Selbstradikalisierte Täter, die ohne erkennbare Anbindung an bereits bekannte rechtsextremistische Strukturen agieren, stellen aufgrund ihres klandestinen Vorgehens im Zusammenhang mit einer raschen, verstärkt im Internet stattfindenden Radikalisierung eine besondere Herausforderung für die Sicherheitsbehörden dar. In Verbindung mit einer rechtsextremistisch begründeten Menschenfeindlichkeit, hauptsächlich gegenüber Migranten, kann sich hieraus die Basis für rechtsextremistische Gewalttaten ergeben. Übergriffe auf Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber sowie Körperverletzungsdelikte gegen als fremd wahrgenommene Personen durch Rechtsextremisten stehen hier beispielhaft für die realweltliche Umsetzung zuvor geäußelter, expliziter Drohungen, im Fall ausbleibender Veränderungen in der Migrationspolitik selbst gegen die behauptete „Überfremdung“ vorzugehen.

Exemplarisch für die Gefahr rechtsterroristischer Aktivitäten im Berichtsjahr steht die Gruppierung „Sächsische Separatisten“ (vgl. Kap. II, Nr. 3). Die Mitglieder der Gruppierung stehen im Verdacht, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben, deren Ziel – anschließend an den von ihnen prophezeiten Zusammenbruch der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung an einem unbestimmten „Tag X“ – die bewaffnete Eroberung von Gebieten in Sachsen war. In diesem Zusammenhang sollen auch ethnische Säuberungen vorgesehen gewesen sein. Einzelne Gruppenmitglieder sind dem BfV auch aus dem parteigebundenen Rechtsextremismus,

**„Sächsische  
Separatisten“**

der Neuen Rechten oder der organisierten Neonaziszene bekannt. Zentrale Protagonisten weisen zudem Bezüge zum militanten Akzelerationismus<sup>31</sup> beziehungsweise zur Siege<sup>32</sup>-Szene auf. Dies unterstreicht die Gefahr einer zunehmenden Entgrenzung zwischen verschiedenen Gruppierungen und Teilphänomenen des Rechtsextremismus.

### Radikalisierung und Vernetzung im Internet

In den letzten Jahren konnte beobachtet werden, dass rechtsextremistischen Gewaltstraftaten oft eine Radikalisierung im Internet vorausgeht. Dabei spielt nicht nur der Konsum von Propaganda – auch auf Mainstream-Plattformen wie Instagram und TikTok – eine Rolle, sondern vor allem eine weitverzweigte, oft internationale Vernetzung mit Gleichgesinnten in Onlinemessengern, -kanälen und -foren wie Telegram oder Discord. Einschlägige Chatgruppen dienen dabei als „Katalysatoren“, in denen extreme Gewaltfantasien bis hin zu Mordaufrufen geteilt werden. Eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit den zumeist sehr individuellen und in digitalen „Echokammern“ beschleunigten Radikalisierungsprozessen spielen Onlinesubkulturen wie die Siege-Szene, die mit eigenen Chiffren und eigener Ästhetik besonders auf junge Nutzer anziehend wirkt. Dabei stellt das Internet mit seinen niederschweligen Einstiegsmöglichkeiten und der allgegenwärtigen Verfügbarkeit für junge Akteure einen leicht zugänglichen virtuellen Raum zur Vernetzung dar, um sich menschenfeindlich und gewaltbereit zu äußern. Bei diesen Akteuren handelt es sich teilweise sogar um Minderjährige, welche mitunter die Schwelle zur Strafmündigkeit noch nicht überschritten haben.

### „Attentäter- Fanszene“

Bei der „Attentäter-Fanszene“ handelt es sich um eine Online-subkultur, deren Anhänger – oftmals vernetzt auf nicht regulierten „Chan-Foren“<sup>33</sup> – Attentätern wie den rechtsextremistischen



<sup>31</sup> Rechtsextremistische Akzelerationisten glauben, dass die westliche Zivilisation in ihrer jetzigen Form dem Untergang geweiht und ein „Rassenkrieg“ unausweichlich sei. Diese Entwicklung gelte es zu beschleunigen, bevor die „weiße“ Bevölkerung weiter schrumpfe. In diesem Kontext verübte Gewalttaten zielen darauf ab, eine Gewaltspirale, die im erhofften „Rassenkrieg“ und damit dem Sturz des Systems endet, in Gang zu setzen.

<sup>32</sup> „Siege“ (engl.): „Belagerung“. Die Siege-Ideologie propagiert Guerillaanschläge gegen Infrastruktur und politisch Verantwortliche, um angenommene Spannungen zwischen der „weißen“ Mehrheitsgesellschaft und ethnischen Minderheiten in westlichen Ländern zu verschärfen und damit einen Umsturz herbeizuführen.

<sup>33</sup> Ein Imageboard, umgangssprachlich nach der größten Plattform 4chan auch Chan genannt, ist eine Art eines Internetforums, bei dem anonym und unzensiert Bilder und Texte ausgetauscht werden können.

Terroristen von Oslo und Utøya (Norwegen) 2011 oder Christchurch (Neuseeland) 2019 huldigen. Stimuliert werden die Anhänger dieser Szene durch im Internet verbreitete Gewaltdarstellungen und menschenverachtende Inhalte wie Manifeste und Memes. Sie verbinden die Glorifizierung von Attentätern nicht selten mit der Ankündigung, selbst solche Taten in ihrem persönlichen Umfeld durchführen zu wollen. Teilweise streben sie sogar danach, die Opferzahlen ihrer Vorbilder zu übertreffen. Die ideologischen Anknüpfungspunkte zum Rechtsextremismus sind dabei in dieser Szene oft marginal; im Zentrum der Motivation stehen meist gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und brutale Gewaltfantasien. Darüber hinaus können auch Einflüsse der sogenannten Incel-Bewegung<sup>34</sup> sowie Elemente des Satanismus eine Rolle spielen.

### 3. Staatliche Maßnahmen

Am 7. März 2024 wurde vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) Anklage gegen vier mutmaßliche Rädelsführer der unanfechtbar verbotenen rechtsextremistischen Vereinigung „Combat 18 Deutschland“ erhoben. Die Angeschuldigten seien hinreichend verdächtig, gemäß § 85 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Strafgesetzbuch (StGB) gegen ein Verbotungsverstoßen zu haben, indem sie als Rädelsführer den organisatorischen Zusammenhalt der unanfechtbar verbotenen Vereinigung „Combat 18 Deutschland“ aufrechterhielten. Den Angeklagten wird vorgeworfen, die im Januar 2020 verbotene Vereinigung gemeinsam mit anderen Mitgliedern bis mindestens Frühjahr 2022 fortgeführt und seit Ende Oktober 2020 mindestens 14 konspirative Treffen ausgerichtet zu haben. Am 28. Juni 2024 hat das OLG Düsseldorf die Anklage des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof (GBA) zur Hauptverhandlung zugelassen und das Hauptverfahren vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Dortmund eröffnet.

**Anklageerhebung  
gegen mehrere  
mutmaßliche  
Rädelsführer  
der Vereinigung  
„Combat 18  
Deutschland“**

<sup>34</sup> „Incel“ steht für „involuntary celibate“ („unfreiwillig zölibatär“) und bezeichnet eine überwiegend aus weißen, heterosexuellen Männern bestehende heterogene Internetsubkultur, welche nach eigenen Angaben unter einer systemseitig oktroyierten sexuellen Enthaltsamkeit und Missachtung durch Frauen leiden. Die Bewegung ist von Frauenfeindlichkeit geprägt, die sich zum Teil auch in Gewaltfantasien äußert. Anhänger dieser Bewegung verübten einige gegen Frauen gerichtete Terrorakte.

### Verurteilung mehrerer Mitarbeiter von „Der Schelm“

Am 29. April 2024 verurteilte der Staatsschutzsenat des OLG Dresden drei Mitarbeiter des Verlags und Buchvertriebs „Der Schelm“ wegen der mitgliedschaftlichen Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung in zwei Fällen, davon in einem Fall in Tateinheit mit Volksverhetzung, jeweils zu Freiheitsstrafen. Eine der Personen wurde zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Die übrigen Verurteilten erhielten Bewährungsstrafen in Höhe von einem Jahr und zehn Monaten beziehungsweise einem Jahr und sechs Monaten. Zudem wurden bei den drei Verurteilten der aus ihren Straftaten erzielte Verdienst im Wege des Wertersatzes (insgesamt etwa 89.000 Euro) sowie auch eine Vielzahl von Druckwerken eingezogen. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die drei Personen mit dem gesondert verfolgten Verlagsinhaber in der Absicht zusammenwirkten, unter dem Dach des Verlags „Der Schelm“ eine nationalsozialistische und antisemitische Ideologie durch den Verkauf entsprechender Bücher zu verbreiten. Zwischen 2018 und 2020 seien hieraus Umsätze in sechsstelliger Höhe erzielt worden.

### Verurteilung mehrerer Mitglieder der Kampfsport- gruppierung „Knockout 51“

Am 1. Juli 2024 verurteilte das Thüringer OLG vier Mitglieder der rechtsextremistischen Kampfsportgruppierung „Knockout 51“ (KO 51) zu mehrjährigen Haftstrafen. Der Hauptangeklagte, ein Neonazi aus Eisenach (Thüringen), wurde wegen Gründung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung als Rädelsführer, mehrfacher gefährlicher Körperverletzung und Verstößen gegen das Waffenrecht zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Die übrigen drei Angeklagten wurden neben der Mitgliedschaft in beziehungsweise Gründung einer kriminellen Vereinigung auch wegen verschiedener Körperverletzungsdelikte, Verstößen gegen das Waffenrecht, Nötigung, Diebstahl, Sachbeschädigung und Verstößen gegen das Versammlungsrecht verurteilt.

### Exekutivmaßnahmen gegen mehrere mutmaßliche Mitglieder der Gruppierung „Sächsische Separatisten“

Am 5. November 2024 fanden in Sachsen, Österreich und Polen Exekutivmaßnahmen gegen diverse Rechtsextremisten auf Grundlage eines Ermittlungsverfahrens des GBA wegen des Verdachts der Bildung beziehungsweise der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gemäß § 129a StGB statt. Insgesamt waren 15 Beschuldigte von den Maßnahmen betroffen; gegen acht von diesen wurden Haftbefehle vollstreckt. Den Beschuldigten wird zur Last gelegt, der spätestens im November 2020 gegründeten militanten Gruppierung „Sächsische Separatisten“ anzugehören,

deren Ideologie von rassistischen, antisemitischen und in Teilen apokalyptischen Vorstellungen geprägt sei. Ihre Mitglieder verbinde eine tiefe Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Aus ihrer Sicht stehe Deutschland vor einem systemischen Kollaps, infolge dessen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung an einem unbestimmten „Tag X“ zusammenbrechen werde. In diesem Zusammenhang soll die Gruppierung geplant haben, mit Waffengewalt Gebiete in Sachsen und gegebenenfalls auch in anderen Bundesländern im Osten Deutschlands zu erobern, um dort dann ein am Nationalsozialismus ausgerichtetes Staats- und Gesellschaftswesen zu errichten.

### 3.1 Vereinsverbote und Selbstauflösungen von Vereinen

Am 16. Juli 2024 verbot das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) die rechtsextremistische „COMPACT-Magazin GmbH“ sowie deren Teilorganisation „CONSPECT FILM GmbH“. Das Verbot wurde damit begründet, dass die „COMPACT-Magazin GmbH“ sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte. Die „COMPACT-Magazin GmbH“ agitiere gegen die Menschenwürde bestimmter Gruppen, indem sie ein völkisch-nationalistisches Gesellschaftskonzept propagiere und durch migranten-, islam- und muslimfeindliche sowie antisemitische Äußerungen Hass gegen diese Gruppen schüre. Dabei bediene sich der Verein einer Widerstands- und Revolutionsrhetorik und propagiere offensiv den Sturz der politischen Ordnung. Eine wichtige Rolle der „COMPACT-Magazin GmbH“ liege in der Popularisierung und weitreichenden Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts der Neuen Rechten. Der Verein sei als ein zentraler Akteur bei der Vernetzung der Neuen Rechten zu betrachten.

**„COMPACT-Magazin GmbH“, „CONSPECT FILM GmbH“**

Noch am Tag des Verbotsvollzugs und der damit einhergehenden Durchsuchungsmaßnahmen zeigte sich die rechtsextremistische Szene intensiv sowie spektren- und organisationsübergreifend solidarisch mit der „COMPACT-Magazin GmbH“. Neben dem vielfach geäußerten Vorwurf einer angeblichen Abschaffung der Meinungs- und Pressefreiheit wurde zudem der gesichert rechtsextremistische Charakter des Vereins negiert.

Am 14. August 2024 beschloss das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), dem Antrag der „COMPACT-Magazin GmbH“

stattzugeben, die aufschiebende Wirkung ihrer Klage gegen die Verbotsverfügung des BMI wiederherzustellen.<sup>35</sup> In seinem Beschluss äußert das BVerwG Zweifel, ob die die Menschenwürde verletzenden Passagen in den vom Verein herausgegebenen „COMPACT-Magazinen“ für die Ausrichtung des Vereins derart prägend seien, dass ein Verbot unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten gerechtfertigt sei. Eine Entscheidung in der Hauptsache wird im Juni 2025 erwartet.

**Selbstaufösungen** Selbstaufösungen stellen für Vereine ein probates Mittel dar, um möglichen Verboten zuvorzukommen. Im Berichtsjahr kam es zu zwei Selbstaufösungen rechtsextremistischer Vereine.

Mit Wirkung vom 24. Januar 2024 erfolgte die Auflösung der rechtsextremistischen Kulturvereinigung „Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.“ (FkUvH). Der FkUvH hatte bereits im Dezember 2023 über seine vereinseigene Publikation „Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“ gegenüber seinen Mitgliedern die Auflösung bekannt gegeben. Der im Jahr 1982 gegründete FkUvH mit Sitz in Starnberg (Bayern) bot seit Jahrzehnten bekannten Rechtsextremisten auf seinen Tagungen ein Forum für die Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts. Dazu gehörten insbesondere ein unverhohlener Rassismus, offener Antisemitismus sowie geschichtsrevisionistische Ansichten.

Zudem wurde der „Verein für Staatspolitik e.V.“, offizieller Träger des „Instituts für Staatspolitik“ (IfS), mit Wirkung vom 17. April 2024 aufgelöst. Bereits im Februar 2024 erfolgte die Neugründung der beiden Unternehmungsgesellschaften „Menschenpark Veranstaltungen UG“ und „Metapolitik Verlags UG“. Bei den beiden neu gegründeten Gesellschaften ist sowohl in personeller Hinsicht als auch mit Blick auf die inhaltliche Kontinuität davon auszugehen, dass es sich um die Fortsetzung des IfS handelt. Somit hat sich durch die Neustrukturierung lediglich der das IfS umgebende rechtliche Rahmen geändert. Aus dem Selbstverständnis des IfS als Ideen- und Impulsgeber der Neuen Rechten heraus ist es mit einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure der Neuen Rechten gut vernetzt – zum Teil auch darüber hinaus (vgl. Kap. IV).

<sup>35</sup> BVerwG, Beschluss vom 14.08.2024 – Az. 6 VR1.24.

### 3.2 Verhinderung von Waffenbesitz bei Rechtsextremisten

Die grundsätzlich hohe Waffenaffinität in der rechtsextremistischen Szene besteht fort. Diese beschränkt sich nicht nur auf in vielen Fällen in ihrem Erwerb keinen waffenrechtlichen Einschränkungen unterfallende Hieb-, Stich- und Schreckschusswaffen sowie Armbrüste, sondern umfasst auch erlaubnispflichtige Schusswaffen. Der für eine waffenrechtliche Erlaubnis erforderlichen Zuverlässigkeit steht das extremistische Verhalten einer Person grundsätzlich entgegen (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und 3 Waffengesetz, WaffG). Daher fragt die örtliche Waffenbehörde bei der Beantragung waffenrechtlicher Erlaubnisse (§ 5 Abs. 5 Satz 1 Nr. 4 WaffG) und bei der gesetzlich vorgesehenen Überprüfung der Inhaber waffenrechtlicher Erlaubnisse (§ 4 Abs. 3 WaffG) die zuständige Verfassungsschutzbehörde an, ob Tatsachen bekannt sind, die gegen die waffenrechtliche Zuverlässigkeit der Person sprechen. Zudem wird durch die „Nachberichtspflicht“ (§ 6a Abs. 1 WaffG) sichergestellt, dass der Verfassungsschutzverbund mitteilungsfähige Erkenntnisse zu (rechts-)extremistischem Verhalten einer Person auch nach der bereits erfolgten Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis an die Waffenbehörde nachmeldet. Um die diesbezügliche Zusammenarbeit kontinuierlich auszubauen, fand am 11. und 12. Juni 2024 zum dritten Mal die durch das BMI initiierte Bund-Länder-Tagung „Forum Entwaffnung“ statt.

Auch illegaler Waffenbesitz ist in der rechtsextremistischen Szene verbreitet. Sofern die Verfassungsschutzbehörden Erkenntnisse über illegalen Waffenbesitz bei Extremisten erlangen, werden die zuständigen Behörden zur Abwehr von Gefahren oder zur Strafverfolgung im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten einbezogen. Mit der fortschreitenden Entwicklung der Technik – insbesondere moderner 3D-Druckverfahren – entstehen für Extremisten neue Möglichkeiten der Bewaffnung. Trotz der bisher geringen Zahl bekannt gewordener Fälle, in denen tatsächlich improvisierte Schusswaffen Verwendung fanden, zeigen im Internet abrufbare Videos, etwa zu deren Handhabung und Schussrate, deutlich deren zerstörerisches Potenzial.

#### **Illegaler Waffenbesitz und 3D-Druck von Waffen**

### 3.3 Aufklärung von Finanzierungsaktivitäten der rechtsextremistischen Szene

Im Berichtsjahr waren Rechtsextremisten weiterhin in szenetypisch klassischen Geschäftsfeldern aktiv. Neben der Organisation von Musikveranstaltungen waren dies insbesondere die Gastronomie und der Vertrieb rechtsextremistischer Szeneartikel.

Die genannten Geschäftsfelder sind teils eng verzahnt, etwa wenn Szeneartikel im Rahmen von Veranstaltungen verkauft werden. Dabei sind die angebotenen Artikel nicht immer eindeutig als extremistisch zu identifizieren. Gerade im Bereich der Neuen Rechten wird vermeintlich „unverfängliche“ Bekleidung angeboten, die erst auf den zweiten Blick als Szenekleidung zu erkennen ist.

Die (überregionalen) Verbindungen und Finanzströme zwischen Personen, Unternehmen und Organisationen können mittels datenzentrierter Analyse von Finanzdaten aufgedeckt werden. So kann beispielsweise die finanzielle Unterstützung rechtsextremistischer Wohnprojekte oder Veranstaltungen durch Unternehmen nachvollzogen werden.

#### Akquise von Spenden

Jenseits der genannten Geschäftsfelder gewinnt die Akquise von Spenden zunehmend an Bedeutung und stellt mittlerweile einen wesentlichen Baustein der Szenefinanzierung dar. Der Zweck der Spendenaufrufe erstreckt sich dabei sowohl auf die Selbstfinanzierung der Akteure als auch auf den Ausbau der eigenen Reichweite, etwa durch Kampagnen, Propagandamaterial oder den Vertrieb rechtsextremistischer Bücher und ideologischer Schriften.

Im Rahmen der Spendenakquise greifen Rechtsextremisten teils allgemeinpolitische Themen auf und spitzen diese im Sinne der eigenen Ideologie zu, um sich dann als einziges Bollwerk gegen den vermeintlichen politischen und gesellschaftlichen Niedergang zu inszenieren und so die Spendenbereitschaft zu erhöhen. Teilweise stehen aber auch konkrete szeneeinterne Anliegen im Vordergrund. Beispielhaft dafür war im Berichtsjahr ein Onlinemedium, welches eine gerichtlich auferlegte Vertragsstrafe durch Spendengelder refinanzierte. Ferner ist zu beobachten, dass Spenden und „Mitgliedsbeiträge“ für Großprojekte wie Immobilienerwerbe genutzt werden.



Bankkonten werden von Akteuren der rechtsextremistischen Szene bevorzugt bei Sparkassen und genossenschaftlich organisierten Banken geführt, da diese bei Kontokündigungen an hohe rechtliche Hürden gebunden sind. Neben klassischen Banküberweisungen werden auch Plattformen anderer Zahlungsdienstleister und verschiedene Arten von Kryptowährungen als Zahlungsmittel genutzt. Hierbei ist festzustellen, dass Kryptowährungen vor allem von Akteuren und Organisationen beworben werden, die von Kontokündigungen betroffen sind.

Ein weiterer Baustein der Szenefinanzierung sind einzelne Großspender – auch aus dem Ausland –, welche kostspielige Projekte finanzieren. Insbesondere für Kampagnen zur Diffamierung von Politikerinnen und Politikern und anderen Personen des öffentlichen Lebens sowie zur gezielten Steuerung der öffentlichen Meinung werden teils außergewöhnlich hohe Summen aufgewandt.

Abschließend spielt auch Wirtschaftskriminalität bei der Finanzierung der rechtsextremistischen Szene eine Rolle. Beispielhaft dafür sind Personen aus rechtsextremistischen Rockervereinigungen, welche die für diese Szene typischen Bargeldwege nutzen, um Finanztransaktionen zu verschleiern. In solchen Fällen verschwimmen die Grenzen zwischen der allgemeinen und der politisch motivierten Kriminalität.

### 3.4 Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden

Das BfV widmet sich mit seiner Zentralstelle „Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst“ der Detektion rechtsextremistischer Personen in Behörden, wobei der Aufklärung rechtsextremistischer Netzwerkstrukturen besondere Priorität zukommt. Bereits zum dritten Mal wurde im Jahr 2024 der Lagebericht „Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden“ veröffentlicht. Dieser führt auch Fälle aus der „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Szene sowie erstmals solche aus dem Spektrum der „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ auf. Unter Federführung des BfV nahmen an der Erhebung auf Bundesebene das Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD) für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verteidigung, der Bundesnachrichtendienst (BND), die Zollverwaltung (Zoll), das Bundeskriminalamt (BKA), die Bundespolizei (BPOL) und die Polizei beim Deutschen

Bundestag (PolDBT) teil. Auf Länderebene beteiligten sich die Landesverfassungsschutzbehörden und die Polizeien der Länder. Insgesamt wurden 210 Fälle bei Bundes- und 529 Fälle bei Landes-sicherheitsbehörden ausgewertet. Bei 175 Beschäftigten von Bundes- und 189 Beschäftigten von Landessicherheitsbehörden wurden tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung festgestellt. Die überwiegende Anzahl dieser Personen wurde dem Rechtsextremismus zugeordnet (79,4 %). Die Analyse von Kennverhältnissen liefert Hinweise auf verstärkte Vernetzungsbestrebungen mit anderen Akteuren aus der rechtsextremistischen Szene.

Zudem verfolgt die aus dem BAMAD und dem BfV bestehende Arbeitsgemeinschaft Reservisten das Ziel, die Teilnahme von extremistischen Personen, die zugleich Reservisten bei der Bundeswehr sind, an militärischen Aus- und Weiterbildungen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung zu verhindern.

### III. Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus

#### 1. Aufgreifen von Themen des gesellschaftlichen Diskurses durch Rechtsextremisten

Zur Verbreitung ihrer ideologischen Narrative sind Rechtsextremisten um Anschlussfähigkeit an den gesellschaftlichen Diskurs bemüht. Durch das Aufgreifen tagespolitischer Themen und deren Anreicherung mit rechtsextremistischer Ideologie soll Einfluss auf die in der Gesellschaft vorherrschende Meinung, darunter auch jene der bürgerlich-demokratischen Mitte, genommen werden.

**Nahostkonflikt** Beispielhaft für eine solche Instrumentalisierung durch Rechtsextremisten steht der Nahostkonflikt. Infolge des Terrorangriffs der HAMAS am 7. Oktober 2023 und der darauffolgenden Militär-operation Israels im Gazastreifen nutzten Rechtsextremisten die Geschehnisse zur Propagierung migrationsfeindlicher und antisemitischer Positionen. Während zu Beginn der Kampfhandlungen Rechtsextremisten den Nahostkonflikt zunächst noch uneinheitlich kommentierten, waren im Laufe der Zeit zunehmend antiisraelische und propalästinensische Haltungen zu finden (vgl.

Sonderkapitel „Auswirkungen des Nahostkonflikts und Antisemitismus“).

Der Themenkomplex „Migration und Asyl“ rückte sowohl vor dem Hintergrund des eskalierenden Nahostkonflikts als auch der islamistisch motivierten Gewalttaten von Mannheim im Mai 2024 und Solingen im August 2024 erneut in den Mittelpunkt rechtsextremistischer Agitation. Auch die Messerattacke eines Briten mit Migrationshintergrund in Southport (Vereinigtes Königreich) sowie der Anschlag eines saudischen Staatsangehörigen auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) im Dezember 2024 wurden in diesem Zusammenhang mehrfach agitatorisch aufgegriffen.

## Migration und Asyl

Der Messerangriff eines zum Tatzeitpunkt 25-jährigen Afghanen auf einen islamfeindlichen Aktivistin im Rahmen einer öffentlichen Kundgebung der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) in Mannheim am 31. Mai 2024 sowie die daraus resultierende tödliche Verletzung eines Polizeibeamten durch den Täter erzeugten innerhalb der rechtsextremistischen Szene eine Vielzahl teils hoch emotionaler Reaktionen. Aus dem rechtsextremistischen Parteienspektrum äußerte sich unter anderem die Regionalpartei „Freie Sachsen“ zu den Geschehnissen. Sie bezeichnete die Tat als zwangsläufige Folge der Migrationspolitik und gab den sogenannten Altparteien eine Mitschuld:

*„Es ist ihre Politik, die das Blutvergießen erst ermöglicht hat, sie tragen Verantwortung für den Nährboden, der solche Taten fanatischer Islamisten überhaupt erst entstehen lässt. Wer sie wählt, macht sich mitschuldig.“*

*(Telegram-Kanal „Freie Sachsen“, 2. Juni 2024)*



Rechtsextremisten äußerten sich zudem spektren- und organisationsübergreifend zu dem islamistisch motivierten Messerangriff am 23. August 2024 in Solingen mit drei Toten und acht zum Teil schwer Verletzten.<sup>36</sup> Mit Häme und Spott wurde aufgegriffen, dass der Messeranschlag im Rahmen des „Festivals der Vielfalt“

<sup>36</sup> Am Abend des 23. August 2024 griff ein Mann mit einem Messer Besucher auf dem Solinger Stadtfest an. Der mutmaßliche Täter, ein zu diesem Zeitpunkt 26-jähriger Syrer, stach auf mehrere Personen ein, wobei drei Menschen getötet sowie acht weitere zum Teil schwer verletzt wurden. Der „Islamische Staat“ (IS) reklamierte den Anschlag für sich.

stattfind. So kommentierte die Leitfigur der deutschsprachigen „Identitären Bewegung“ Martin Sellner: „Das ist der Preis eurer ‚Vielfalt‘“.<sup>37</sup> Aufrufe zu Widerstand und Protest wurden häufig mit Appellen zum „Aufwachen“ der Bevölkerung und teilweise mit Aufforderungen zu entsprechendem Wahlverhalten verbunden, beispielsweise vonseiten der „Freien Sachsen“:

*„Wacht endlich auf! Raus auf die Straßen & ran an die Wahlurnen! (...) Wir brauchen jetzt Massenproteste auf den Straßen und wir haben es in der Hand, nächsten Sonntag (1. September) auch an den Wahlurnen abzurechnen. Die Schuldigen für diese Einwanderungspolitik müssen die Quittung erhalten! (...) Straße, Gegenöffentlichkeit und Wahlurne müssen ineinander übergreifen. Es ist Zeit für Remigration, millionenfache Remigration.“*

*(Telegram-Kanal „Freie Sachsen“, 24. August 2024)*

Gleichfalls emotionalisiert thematisierte die rechtsextremistische Szene die Messerattacke eines zu diesem Zeitpunkt 17-jährigen Briten mit Migrationshintergrund am 29. Juli 2024 im südgli-schen Southport.<sup>38</sup> Die Tat wurde seitens deutscher Rechtsextremisten mehrheitlich als Ausfluss einer unkontrollierten Asyl- und Migrationspolitik der europäischen Regierungen bewertet. Die anschließenden Ausschreitungen in Southport und weiteren britischen Städten wurden als vermeintlich legitimer Protest gegen eine unkontrollierte Einwanderungspolitik zumeist wohlwollend kommentiert. Konkrete Aufrufe zu fremdenfeindlicher Gewalt in Deutschland unterblieben zwar, jedoch erschienen verstärkt For-derungen nach einer Umsetzung des „Remigrations“<sup>39</sup>-Konzepts auf politischer Ebene.

<sup>37</sup> Vgl. Internetplattform Telegram (23. August 2024).

<sup>38</sup> Bei einem Messerangriff in Southport tötete ein zu diesem Zeitpunkt 17-jähriger Brite mit ruandischem Migrationshintergrund am 29. Juli 2024 drei Mädchen und verletzte weitere Personen teils schwer. Kurz nach der Tat kamen fälschliche Gerüchte auf, laut denen der Angreifer ein Migrant mit arabisch klingendem Namen gewesen und erst kürzlich in das Vereinigte Königreich gekommen sei. In den darauffolgenden Tagen kam es landesweit in mehreren britischen Städten zu Ausschreitungen.

<sup>39</sup> Mit „Remigration“ zielen Akteure der Neuen Rechten auf die Herstellung größtmöglicher „ethnokultureller“ Homogenität und damit auf eine „Umkehr“ der Migrationsströme ab. Konkret sollen jene Bevölkerungsteile Deutschland und Europa verlassen, die nicht den jeweiligen „ethnokulturellen“ Kriterien entsprechen.

Auch die Amokfahrt eines zum Tatzeitpunkt 50-jährigen saudischen Staatsangehörigen auf dem Weihnachtsmarkt in Magdeburg am 20. Dezember 2024, bei der 6 Personen getötet und mindestens 299 weitere verletzt wurden, wurde in der rechtsextremistischen Szene vielfach thematisiert. Aus Sicht rechtsextremistischer Akteure bestätigt die Tat die Annahme, dass Menschen mit Migrationshintergrund und Asylsuchende eine Gefahr für die Sicherheit in Deutschland darstellten. Als Konsequenz wird auch in diesem Zusammenhang die Umsetzung der „Remigration“ gefordert.

## 2. Rechtsextremistische Musik, Kampfsport und Hooligans

Nach einem stetigen Anstieg der Zahl der Musikveranstaltungen in den letzten Jahren – mit Ausnahme des Einbruchs während der Coronapandemie – und einem Höchststand im Jahr 2023 ging diese im Berichtsjahr erstmals seit zehn Jahren wieder zurück. Weiterhin liegt der Schwerpunkt auf kleinen Veranstaltungen wie Liederabenden und Szenefeiern mit Livemusik. Konzerte nehmen für die Teilnehmer aufgrund des erlebbaren Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühls einen besonderen Stellenwert ein. Die Zahl der Konzerte hat sich – auch als Auswirkung behördlicher Maßnahmen der jüngeren Vergangenheit – innerhalb von zehn Jahren halbiert. Auch im Berichtsjahr fanden keine großen und öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen mehr statt. Ebenso war die durchschnittliche Besucherzahl der Konzerte stark rückläufig.

### Musik

Obgleich die Gesamtzahl der Musikveranstaltungen im Berichtsjahr abgenommen hat, ist die rechtsextremistische Musikszene durch die große Zahl an Musikgruppen, Solo-Interpreten und Tonträgerveröffentlichungen weiterhin sehr aktiv. Damit sorgt sie nicht unerheblich für den Zusammenhalt und die Vernetzung verschiedener Teile der rechtsextremistischen Szene. Auch international bestehen vielfältige Kontakte zu Gleichgesinnten in anderen europäischen Ländern, die insbesondere durch die Teilnahme deutscher Bands und Besucher an zahlreichen rechtsextremistischen Musikveranstaltungen im Ausland geknüpft und vertieft werden.

Der rechtsextremistischen Musik kommt insofern weiterhin eine bedeutende Rolle vor allem für die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene zu.

Rechtsextremistische Musikveranstaltungen		
	2023	2024
Konzerte	39	29
Liederabende	132	130
Sonstige <sup>40</sup>	151	148
<b>Insgesamt</b>	<b>322</b>	<b>307</b>

**Kampfsport** Auch im Jahr 2024 gelang es der rechtsextremistischen Kampfsportszene nicht, in Deutschland eigene publikumswirksame Kampfsportveranstaltungen durchzuführen. Die Partei „Der III. Weg“ organisierte zwar am 5. Oktober 2024 eine Kampfsportveranstaltung in Hachenburg (Rheinland-Pfalz), an der etwa 130 Rechtsextremisten teilnahmen. Die Veranstaltung, die die Attraktivität von Kampfsport für die rechtsextremistische Szene unter Beweis stellt, wurde aber von der Polizei aufgelöst.



Am 15. Juni 2024 fand in einer Lokalität der „Hammerskins Lorraine“ im französischen Ort Combres-sous-les-Côtes der „Day of Glory“ statt. An diesem nahmen etwa 200 Personen teil, ein Großteil davon deutsche Staatsangehörige. Die Veranstaltung wurde von dem rechtsextremistischen Label „Pride France“ mit Unterstützung der deutschen rechtsextremistischen Organisation „Kampf der Nibelungen“ (KdN) organisiert, was die auch international enge Vernetzung der rechtsextremistischen Kampfsportszene verdeutlicht.

Das Thüringer OLG verurteilte am 1. Juli 2024 vier führende Mitglieder der rechtsextremistischen Kampfsportgruppierung „Knockout 51“ unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu mehrjährigen Gefängnisstrafen. Ziel der Gruppierung war, durch die Begehung von Körperverletzungsdelikten und anderen Straftaten in Eisenach einen sogenannten Nazi-Kiez zu schaffen und sich dort als bestimmende Ordnungsmacht zu etablieren (vgl. Kap. II, Nr. 3).

<sup>40</sup> Darunter fallen unter anderem Szenefeiern, Parteiveranstaltungen oder Rednerauftritte, die von musikalischen Darbietungen rechtsextremistischer Interpreten flankiert werden.

Seit dem Frühjahr 2024 lässt sich in Deutschland die Gründung einer Vielzahl lokaler „Active Clubs“ feststellen. Das Konzept der „Active Clubs“ stammt ursprünglich aus den USA und breitete sich in den letzten Jahren auch in mehreren europäischen Ländern aus. „Active Clubs“ sollen in Form lokaler (Kampf-)Sportvereine eine Brücke schlagen zwischen dem virtuellen Raum und persönlichem Kennenlernen. Aktivisten, die sich auf den von der rechtsextremistischen Szene propagierten „Rassenkrieg“ am „Tag X“ vorbereiten, sollen hierdurch eine realweltliche Plattform zum Austausch, zur Vernetzung und zum gemeinsamen Training erhalten.

### „Active Clubs“



„Active Club“-Strukturen haben sich inzwischen bundesweit gebildet, doch beschränkt sich das Phänomen bislang überwiegend auf die virtuelle Ebene. Hierbei wird hauptsächlich die Plattform Telegram genutzt, um über Kampfsport, Ästhetik und öffentlichkeitswirksame Propagandaaktivitäten junge weiße Männer anzusprechen und für das rechtsextremistische Spektrum zu gewinnen. Ein realweltliches Auftreten ist bislang nur bei wenigen „Active Clubs“ in Deutschland festzustellen.

Im Berichtsjahr konnten intensivierte Vernetzungsbestrebungen zwischen der rechtsextremistischen Hooligan- und Kampfsportszene registriert werden. Viele rechtsextremistische Hooligans betreiben Kampfsport und nahmen auch im Jahr 2024 an entsprechenden Wettkämpfen teil. Neben der ideologischen Vernetzung dieser zwei gewaltbereiten Szenen trägt dies auch zu einer Professionalisierung der Gewaltkompetenz rechtsextremistischer Hooligans bei. Die im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft 2024 befürchteten Ausschreitungen durch – auch rechtsextremistische – Hooligans konnten durch die von Bund und Ländern erarbeiteten Sicherheitskonzepte, die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und insbesondere durch die starke Polizeipräsenz vor Ort verhindert werden. Im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen wurden lediglich vereinzelt rechtsextremistische Propagandadelikte festgestellt.

### Rechtsextremistische Hooliganszene

### 3. Immobiliennutzung und Siedlungsbestrebungen durch Rechtsextremisten

Für Rechtsextremisten dient der Erwerb von Grundstücken und Immobilien dazu, sich langfristig – teilweise über Generationen

hinweg – in einer Region zu etablieren und Rückzugsräume zu schaffen. Auch im Berichtsjahr suchten Rechtsextremisten insbesondere in ländlichen Regionen im Norden und Osten Deutschlands vermeintliche gesellschaftliche Leerstellen im sozialen, kulturellen und infrastrukturellen Bereich, um diese mit eigenen Angeboten, Engagement in bereits vorhandenen Strukturen oder vorgeblicher „Nachbarschaftshilfe“ zu füllen. Hierbei ist erneut ein Anstieg der Zahlen rechtsextremistisch genutzter Immobilien zu verzeichnen.

Zudem engagieren sich rechtsextremistische Akteure auch in Siedlungsbestrebungen, um Gleichgesinnte zum dauerhaften Umzug in räumlich abgrenzbare Rückzugsgebiete zu bewegen und diese zur Umsetzung ihrer politischen Ziele zu nutzen. Beispielhaft ist hierbei die „Anastasia-Bewegung“ (Verdachtsfall) anzuführen, deren Protagonisten sich unter anderem in der Verbreitung von Publikationen, virtuellen Aktivitäten und Vortragsveranstaltungen betätigen. Dabei werden hinter einem auch an nicht extremistische Personengruppen anschlussfähigen Außenbild aus Esoterik und Ökologie antidemokratische, antisemitische und rassistische Ansichten verbreitet.

#### 4. Queerfeindliche rechtsextremistische Aktivitäten



Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bildet einen grundlegenden Bestandteil rechtsextremistischer Ideologie und Agitation. Auf Basis ihrer Weltanschauung lehnen Rechtsextremisten Diversität im Hinblick auf sexuelle Orientierung sowie entsprechende Partnerschafts- und Familienmodelle größtenteils ab. Sie sehen Heterosexualität und die Vorstellung einer damit verbundenen „traditionellen Kernfamilie“ als alternativlos und biologisch „natürlich“ an. Für sich genommen ist dies zunächst keine genuin rechtsextremistische Position, jedoch versuchen Rechtsextremisten das Thema ideologisch zu besetzen. Sie knüpfen die Ablehnung moderner Geschlechterverständnisse und Familienmodelle an ihr von Rassismus und Nationalismus geprägtes Weltbild. Dies äußert sich zum Beispiel in der Familienpolitik rechtsextremistischer Parteien, wonach sich ein drohender „Volkstod“ nur durch eine ausschließlich auf ethnisch deutsche Familien und die Ehe zwischen Mann und Frau ausgerichtete Familienpolitik aufhalten ließe. Durch Rekurs auf verschwörungstheoretische Narrative macht die



rechtsextremistische Szene eine vermeintliche LSBTIQ-Propaganda verächtlich, die angeblich insbesondere durch die Politik sowie öffentlich-rechtliche Medien Verbreitung finde.

Die rechtsextremistische Szene agitierte im Berichtsjahr mit der erneuten Initiierung eines „Stolzmonats“ als „patriotische Gegenbewegung“ gegen den alljährlich im Juni begangenen Pride Month und versuchte hierfür auch die in Deutschland ausgetragene Fußball-Europameisterschaft zu nutzen. Dabei konnte sie jedoch nur wenig von der medialen Aufmerksamkeit rund um das Großereignis profitieren und blieb mit ihren Aktivitäten hinter den im Vorfeld formulierten Erwartungen an die eigene Wirkmächtigkeit zurück.

Nach Ende des Pride Month rückten LSBTIQ-Veranstaltungen verstärkt in den Fokus insbesondere gewaltorientierter rechtsextremistischer Akteure. So kam es seit Mitte 2024 bundesweit wiederholt zu (versuchten) rechtsextremistischen Störaktionen von öffentlichen Veranstaltungen zum CSD beziehungsweise zu einer Mobilisierung für solche Aktionen. Besonders hervorzuheben sind hierbei rechtsextremistische Störaktionen gegen die CSD-Kundgebungen in Bautzen (Sachsen), Leipzig (Sachsen), Magdeburg (Sachsen-Anhalt) sowie Zwickau (Sachsen) im August 2024. Die Teilnehmerzahlen bei den Protesten gegen die CSD-Veranstaltungen lagen bei diesen vier Versammlungen jeweils im dreistelligen Bereich. Es handelte sich dabei überwiegend um Personen der gewaltorientierten rechtsextremistischen Szene. Diese CSD-Störaktionen wurden zwar auch von klassischen rechtsextremistischen Organisationen wie etwa der Partei „Der III. Weg“ sowie deren Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“, der Partei „Die Heimat“ (vormals NPD) und durch die „Freien Sachsen“ beworben, organisiert und durchgeführt, als Organisatoren und Veranstalter traten jedoch vermehrt gewaltorientierte rechtsextremistische Online-Gruppierungen wie etwa „Jung & Stark“ (JS) oder „Deutsche Jugend Voran“ (DJV) in Erscheinung. Diese lassen eine ausgeprägte Bereitschaft erkennen, ihrer LSBTIQ-feindlichen Einstellung mit öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen Ausdruck zu verleihen.

Die Gruppierung JS wurde erstmals im Sommer 2024 über ihren Instagram-Account bekannt. Dieser von bestehenden regionalen und überregionalen rechtsextremistischen Szenen losgelöste, innerhalb kurzer Zeit entstandene rechtsextremistische

## Störaktionen gegen CSD-Veranstaltungen



## „Jung & Stark“ und „Deutsche Jugend Voran“

Personenzusammenschluss markiert für viele junge, zum Teil minderjährige Personen den Einstieg in den Rechtsextremismus. Aufgrund der von den Mitgliedern geäußerten Gewaltbefürwortung bis hin zur Gewaltbereitschaft ist der Gruppierung eine grundlegende Gewaltorientierung zu attestieren. Für die rechtsextremistische Agitation bedienen sich ihre Mitglieder ideologischer Fragmente, die primär in der Auswahl der Feindbilder Ausdruck finden. Dazu zählen unter anderem die „Antifa“ oder die LSBTIQ-Bewegung, welche als Projektionsfläche für rechtsextremistisch motivierten Aktionismus dienen. Bei DJV handelt es sich ebenfalls um einen rechtsextremistischen, bundesweit ähnlich agierenden Personenzusammenschluss, welcher ebenfalls im Sommer 2024 durch rechtsextremistische Aktivitäten in Erscheinung getreten ist. Mitglieder von JS und DJV nahmen bereits mehrfach gemeinsam an rechtsextremistischen Störaktionen gegen CSD-Veranstaltungen teil.

Verbindendes Merkmal beider Gruppierungen ist die in den sozialen Medien stattfindende, wirkungsstarke Anwerbung überwiegend junger, teils minderjähriger Akteure innerhalb wie auch außerhalb der rechtsextremistischen Szene, deren online stattfindende Vernetzung und Radikalisierung sowie schließlich die Organisation realweltlicher Aktionen. Hierzu zählen neben den zuvor benannten Störaktionen gegen CSD-Veranstaltungen auch die Teilnahme an einer Demonstration „gegen Linksextremismus und politisch motivierte Gewalt“ im Dezember 2024 in Berlin sowie Konfrontationen mit Angehörigen der linksextremistischen Szene, wobei es bereits zu diversen Gewaltdelikten kam. JS und DJV bewegen sich mit mehreren Onlinepräsenzen auf verschiedenen Plattformen wie Instagram oder TikTok. Die so erzielte breite Aufstellung begünstigt den schnellen Aufbau einer gewissen virtuellen Reichweite und bietet darüber Anknüpfungspunkte für die Vernetzung mit anderen rechtsextremistischen Akteuren. Sowohl das Alter als auch die Aktionsorientierung der Mitglieder derartiger Gruppierungen stellen dabei eine Gefährdung im Hinblick auf die rechtsextremistische Beeinflussung und Radikalisierung des in den Gruppen organisierten Personenpotenzials dar.

## 5. Antisemitismus im Rechtsextremismus

Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen ist seit jeher ein elementares Wesensmerkmal der rechtsextremistischen Ideologie. Die Ablehnung bis hin zum offenen Hass gegen Personen, die Juden sind oder als solche angesehen werden, sowie gegen alles, was als „jüdisch“ charakterisiert wird, verbindet die unterschiedlichen rechtsextremistischen Spektren.

Gewaltorientierte rechtsextremistische und rechtsterroristische Gruppierungen und Einzelpersonen bedienen sich antisemitischer Ressentiments im Internet, um anhand solcher Feindbilder Anschlagziele zu definieren. Für rechtsextremistische Parteien stellt Antisemitismus ebenfalls einen wichtigen Fixpunkt dar. Jedoch halten sich Parteien wie „Die Heimat“ (vormals NPD) oder „Der III. Weg“ in der Regel strategisch zurück, diese ideologische Grundhaltung allzu direkt zu verbalisieren. Öffentlich geäußert werden entsprechende Inhalte daher zumeist in Andeutungen, Codes und Chiffren. Dabei ist für die sceneinternen Rezipienten in der Regel eindeutig verständlich, wer eigentlich gemeint ist. Elemente wie eine antisemitisch grundierte Elitenfeindlichkeit oder das Narrativ einer von Juden mindestens beeinflussten „globalistischen“ Weltverschwörung dienen zudem dazu, sich als Partei nach außen in Gegnerschaft zur bestehenden Ordnung zu positionieren und zu legitimieren. Eine größere Rolle spielt der Antisemitismus hingegen für den inneren Zusammenhalt und als Deutungsmuster für gesellschaftspolitische Entwicklungen. So werden mitunter antisemitisch konnotierte Verschwörungserzählungen wie der „Große Austausch“<sup>41</sup> oder das ähnlich gelagerte Motiv einer gezielten „Umvolkung“ rezipiert und verbreitet.

In der Neuen Rechten zählt offener Antisemitismus zwar nicht zu den Grundmerkmalen, wenngleich auch hier antisemitische Narrative geteilt werden, um den eigenen Forderungen zum Beispiel nach „Remigration“ Nachdruck zu verleihen. Antisemitische Äußerungen reichen von bewusst verkürzten oder fehlerhaften

<sup>41</sup> Vertreter des rechtsextremistischen Ideologems des „Großen Austauschs“ sehen die „ethnokulturelle“ Identität der europäischen Völker durch eine Masseneinwanderung kulturfremder Einwanderer bedroht. Durch politische, kulturelle und wirtschaftliche Eliten soll nach der Verschwörungstheorie dieser Zustrom gesteuert werden. Ziel sei es, die angestammten Völker und Kulturen Europas weitestgehend durch eine steuerbare Masse an Konsumenten zu ersetzen.

Darstellungen der Gründungsgeschichte des Staates Israel bis hin zu einer angeblich jüdisch-israelischen Beteiligung an einem „Großen Austausch“ der Bevölkerung in Deutschland und Europa durch Migranten aus Nahost oder Afrika.

### Funktionen des Antisemitismus

Die wesentlichen Funktionen des Antisemitismus im Rechtsextremismus lassen sich wie folgt charakterisieren:

Zum einen fördert Antisemitismus durch die Abgrenzung von „den Juden“ als gemeinsamem Feind ein Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Szene und stärkt dadurch die eigene Gruppenidentität. Zudem liefert Antisemitismus einfache Erklärungsmuster für komplexe und schwer (oder gar nicht) durchschaubare Ereignisse und Prozesse. Durch das Herunterbrechen komplexer Sachverhalte auf greifbare und simplifizierte Erklärungen mittels antisemitischer Verschwörungserzählungen schafft dies Übersicht und Orientierung in einer unübersichtlichen Welt. Des Weiteren erfüllt Antisemitismus eine Legitimationsfunktion, indem er zur Agitation gegen das bestehende politische System verwendet wird. In diesem Zuge wird sowohl die Rechtmäßigkeit der bestehenden, angeblich „jüdischen“ Ordnung bestritten als auch die Position von Rechtsextremisten als vorgeblich einzig legitimen politischen Repräsentanten und Sprachrohr „des Volkes“ untermauert. Nicht zuletzt dient Antisemitismus als Faktor, um Zustimmung von außen zu erzeugen: So wird versucht, latente judenfeindliche Einstellungen innerhalb der Bevölkerung anzusprechen und sie für die eigenen Zwecke zu nutzen.

### Antisemitismus im Kontext von Verschwörungserzählungen

Hervorzuheben ist die Funktion von Antisemitismus im Kontext von Verschwörungserzählungen. Diese nehmen im Rechtsextremismus als Instrument zur Erschließung neuer Personenkreise und zur Erweiterung der eigenen Reichweite eine hohe Bedeutung ein. Dabei spielen antisemitische Narrative und Chiffren sowie der vor dem Hintergrund des aktuellen Nahostkonflikts phänomenübergreifend in antisemitischer Weise verwendete Begriff der „Zionisten“<sup>42</sup> eine besondere Rolle. So können sie einerseits

<sup>42</sup> Ursprünglich wird mit Zionismus die im 19. Jahrhundert von Theodor Herzl begründete Bewegung zum Aufbau eines jüdischen Nationalstaats bezeichnet. Heutzutage dient dieser Begriff allerdings auch dazu, in antisemitischen Äußerungen die direkte Benennung von Jüdinnen und Juden und/oder des israelischen Staates zu vermeiden, um sich möglichst nicht dem Vorwurf des Antisemitismus auszusetzen.

aufgrund ihrer Codierung nicht ohne Vorwissen als antisemitisch beziehungsweise rechtsextremistisch identifiziert werden und werden deshalb oft unreflektiert rezipiert und weiterverbreitet. Damit einhergehend können antisemitische Verschwörungserzählungen andererseits auch ein erster Einstiegspunkt für eine im Folgenden fortschreitende Radikalisierung sein. Zum anderen können sie eine Scharnierfunktion zwischen nicht extremistischen und extremistischen Akteuren sowie zwischen verschiedenen Szenen einnehmen. Dadurch wird nicht nur die Reichweite von (rechts-)extremistischen Inhalten erhöht, was sich unter anderem auf den öffentlichen Diskurs auswirken kann. Antisemitische Verschwörungserzählungen bieten aufgrund ihrer Dynamik und Auslegbarkeit auch grundsätzlich das Potenzial, Differenzen zwischen verschiedenen Szenen und/oder Akteuren zu überwinden.

Die Aktualität des Antisemitismus innerhalb der rechtsextremistischen Szene zeigt sich hierbei insbesondere im Zusammenhang mit den Entwicklungen des Nahostkonflikts (vgl. Sonderkapitel „Auswirkungen des Nahostkonflikts und Antisemitismus“). Wahrscheinlich werden zudem Verbindungen zu anderen Ereignissen und Entwicklungen wie der US-Präsidentenwahl 2024 oder dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gezogen und diese zu größeren Komplexen zusammengefügt. Dabei folgt dies bekannten Mustern, nach denen sich antisemitische Vorstellungen – vor allem in Form von Verschwörungserzählungen – auf quasi jedes tagesaktuelle Ereignis beziehungsweise jedwede lokale bis globale Entwicklung übertragen lassen. Diese Flexibilität lässt sich beispielsweise anhand der US-Wahl im November 2024 verdeutlichen: So wurde der gewählte Präsident Donald Trump von verschiedenen rechtsextremistischen Akteuren einerseits als Heilsbringer im Kampf gegen einen imaginierten und antisemitisch aufgeladenen „Deep State“ stilisiert, andererseits als gesteuerter Akteur mit Verbindungen zu „jüdischen“ Investoren, einer „Israel Lobby“ oder zu jüdischen Glaubensgemeinschaften wahrgenommen.

### **Antisemitismus im Kontext aktueller Ereignisse**

#### IV. Rechtsextremistische Akteure der Neuen Rechten und Verdachtsfall „AUF1“

Unter die Bezeichnung Neue Rechte wird ein informelles Netzwerk von Gruppierungen, Einzelpersonen und Organisationen gefasst, in dem nationalkonservative bis rechtsextremistische Kräfte zusammenwirken, um anhand unterschiedlicher Strategien teilweise antiliberalen und antidemokratischen Positionen in Gesellschaft und Politik durchzusetzen. Akteure der Neuen Rechten versuchen, Einfluss auf den vopolitischen Raum zu nehmen, um ihre antidemokratischen Positionen politisch zu verwirklichen. Innerhalb des Netzwerks füllen diese Akteure unterschiedliche und teils komplementäre Rollen aus. Gemeinsames Ziel ist eine „Kulturrevolution von rechts“.

##### Entwicklungen und Vernetzung

Beim „Verlag Antaios“ verdichteten sich die Anhaltspunkte für Rechtsextremismus im Berichtsjahr zur Gewissheit, weshalb er nunmehr als gesichert rechtsextremistische Bestrebung bearbeitet wird. Weiterhin bauten Akteure der Neuen Rechten ihre Verbindungen in die europäischen Nachbarländer aus. Die Vernetzung der Akteure der Neuen Rechten spiegelt sich auch in ihrem jeweiligen Selbstbild als Strategen (aufgelöstes und neu strukturiertes „Institut für Staatspolitik“, IfS), Journalisten („AUF1“ (Verdachtsfall), „COMPACT-Magazin GmbH“), Netzwerker („Ein Prozent e.V.“), Verleger („Verlag Antaios“) oder Aktivisten („Identitäre Bewegung Deutschland“, IBD) wider. Auch Verbindungen des aufgelösten und neu strukturierten IfS, von „Ein Prozent e.V.“ sowie der „COMPACT-Magazin GmbH“ in das Parteienspektrum, insbesondere zur AfD (Verdachtsfall) und deren Jugendorganisation JA, sind bekannt (vgl. Kap. V, Nr. 5 und 6). Ebenso bestehen Kooperationen der Neuen Rechten mit den „Freien Sachsen“ (vgl. Kap. V, Nr. 4).

##### „Identitäre Bewegung Deutschland“



Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) sieht sich selbst als „patriotische Jugendbewegung“<sup>43</sup> und ist mit regionalen Untergruppen bundesweit aktiv. Sie vertritt das zentrale neurechte Ideologem des „Ethnopluralismus“, das auf der Vorstellung einer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung in einem ethnisch und kulturell homogenen Staat basiert. Für die IBD ist allein die ethnische Herkunft maßgeblich für die Zugehörigkeit zum deutschen Volk. Minderheiten wird dadurch ein geringerer Wert zugestanden.

<sup>43</sup> Homepage „Identitäre Bewegung Deutschland“ (6. November 2024).

Aus dem Konzept des „Ethnopluralismus“ leitet sich die vielfach von der IBD geäußerte Forderung nach „Remigration“ ab, die im Mittelpunkt zahlreicher „identitärer“ Aktionen und Kampagnen steht.

„Identitäre“ Hausprojekte, wie das von sächsischen Aktivisten seit Ende 2023 betriebene „Zentrum Chemnitz“ (Sachsen), gewinnen als Treff- und Veranstaltungsstätten der internationalen neurechten Szene weiter an Bedeutung. Diese Anlaufstellen dienen der ideologischen Schulung, Planung und Vorbereitung von Aktionen. Zudem ermöglichen sie die europaweite Vernetzung und den Austausch mit europäischen „patriotischen Bewegungen“, die eine starke ideologische Nähe zur IBD aufweisen, sowie mit anderen deutschsprachigen Akteuren wie der „Jungen Alternative“ (JA).

Der Verein „Ein Prozent e.V.“ vertritt einen ethnisch-abstammungsmäßig definierten Volksbegriff, weist eine migranten- und muslimfeindliche sowie rassistische Ideologie auf, propagiert das verschwörungstheoretische Konzept des „Großen Austauschs“ und verbreitet antisemitische Narrative.

„Ein Prozent e.V.“



Der Verein vernetzt und unterstützt verschiedene Organisationen und Einzelpersonen zuvorderst aus dem Spektrum der Neuen Rechten insbesondere finanziell. So sammelte er 2024 beispielsweise für das Videostudio der rechtsextremistischen „COMPACT-Magazin GmbH“ und für drei Aktivisten der rechtsextremistischen IBD mithilfe des „Solifonds“ Spendengelder im niedrigen fünfstelligen Bereich.

Die „COMPACT-Magazin GmbH“ ist ein multimedial ausgerichtetes Unternehmen. Neben dem Hauptprodukt, der Monatszeitschrift „COMPACT-Magazin“, zählen umfangreiche Onlineformate zu den Angeboten des Unternehmens. Die „COMPACT-Magazin GmbH“ verbreitet in ihren unterschiedlichen Publikationen und Produkten regelmäßig und seit Jahren antisemitische, minderheitenfeindliche, geschichtsrevisionistische und verschwörungstheoretische Inhalte. Sie richtet sich damit gegen die verfassungsmäßige Ordnung. Der Sturz des politischen Systems wird dabei offensiv und öffentlich als zentrale Zielvorstellung formuliert:

„COMPACT-Magazin GmbH“



*„Das Regime muss gestürzt werden. Da stehe ich dazu, weil sich über die aktuelle Regierung hinaus, ein Block an der Macht*

*formiert hat, der dem Einheitsblock der SED und ihrer Verbündeten in der DDR ähnlich ist und so wie das SED-Regime durch eine friedliche Revolution gestürzt wurde – anschließend natürlich mit Wahlen, die neuen Verhältnisse sozusagen legitimiert wurden, so wird es auch dem BRD-Regime und Frau Faeser gehen.“*  
(YouTube-Kanal „Junge Freiheit“, 17. Juli 2024)

Hauptgesellschafter, Geschäftsführer und Chefredakteur in Personalunion ist der Rechtsextremist Jürgen Elsässer. Die „COMPACT-Magazin GmbH“ nimmt eine wichtige Scharnierfunktion im rechtsextremistischen Spektrum ein. Elsässer wirkt dabei durch seine Tätigkeiten und Verbindungen als zentraler Vernetzungsakteur zwischen der Neuen Rechten und dem rechtsextremistischen Parteienspektrum. Insbesondere bestehen Kontakte zur AfD (Verdachtsfall), deren Jugendorganisation „Junge Alternative“ und der Regionalpartei „Freie Sachsen“. Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der „COMPACT-Magazin GmbH“ entstammen der Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD).

Am 16. Juli 2024 verbot die Bundesministerin des Innern und für Heimat die „COMPACT-Magazin GmbH“ sowie deren Teilorganisation „CONSPECT FILM GmbH“ (vgl. Kap. II, Nr. 3.1). Das Verbot ist nach Entscheidung des BVerwG vom 14. August 2024 bis zur Entscheidung in der Hauptsache außer Vollzug gesetzt.

### Verdachtsfall „AUF1“



„Alternatives Unabhängiges Fernsehen, Kanal 1“ („AUF1“, Verdachtsfall) ist ein seit Mai 2021 bestehendes österreichisches Medium, das sowohl über seine eigene Homepage als auch über die sozialen Medien Berichte insbesondere zu tagesaktuellen Themen veröffentlicht. Obwohl der gesamte deutschsprachige Raum adressiert wird, fokussiert sich ein wesentlicher Teil des Programms auf Entwicklungen in Deutschland. „AUF1“ verbreitet minderheiten-, islam- und muslimfeindliche Inhalte, bedient rassistische Stereotype und bezieht sich regelmäßig auf antisemitisch konnotierte Verschwörungstheorien. Augenfällig ist die enge Kooperation mit anderen Akteuren der Neuen Rechten.



Kern einer Vielzahl der „AUF1“-Beiträge ist der Kampf gegen den sogenannten Great Reset<sup>44</sup>, der ominösen Eliten angeblich zum Auf- oder Ausbau ihrer Macht im globalen Maßstab diene. Dabei bezieht das Medium quasi jedwede Entwicklung auf diesen angeblichen Plan, so zum Beispiel den Klimawandel:

*„Neben der gelenkten Masseneinwanderung ist der Klimaschwindel das wichtigste Anliegen des Great-Reset-Plans der Globalisten. Denn die damit verbundene öko-kommunistische Agenda soll auf Teufel komm raus um- und durchgesetzt werden.“*

*(„AUF1“-Flyer „Der Klima Betrug“, S. 15)*

„AUF1“ stellt eine Plattform für extremistische Inhalte im Sinne der eigenen Agenda bereit, ohne diese kritisch zu hinterfragen oder einzuordnen. Das Medium nimmt dabei eine Scharnierfunktion zwischen extremistischen und nicht extremistischen Spektren ein. Auf diese Weise wird versucht, Rezipienten niederschwellig für die eigenen Ansichten und Ziele zu gewinnen und Diskurse zu beeinflussen.

Der „Verein für Staatspolitik e.V.“, offizieller Träger des „Instituts für Staatspolitik“ (IfS), wurde durch die nunmehr ehemaligen Vorsitzenden Dr. Erik Lehnert und Götz Kubitschek zum 17. April 2024 aufgelöst (vgl. Kap. II, Nr. 3.1). Die bisher vom IfS herausgegebene Zeitschrift „Sezession“ wird seit Ausgabe 119 (April 2024) von der neu gegründeten „Metapolitik Verlags UG“ verantwortet. Die Ausrichtung der Veranstaltungen des IfS ist seit Sommer 2024 auf die ebenfalls neu gegründete „Menschenpark Veranstaltungen UG“ übergegangen. Auf der ideologischen Ebene hat das IfS nach der Auflösung und Neugründung der Unternehmungsgesellschaften weder eine inhaltliche Neuausrichtung noch einen programmatischen Wechsel vollzogen. Daher können beide neu gegründeten Unternehmungsgesellschaften – auch aufgrund der personellen und postalischen Übereinstimmungen – als Fortsetzung der Aktivitäten des IfS angesehen werden.

**„Institut für  
Staatspolitik“**

**IfS**

<sup>44</sup> Der „Great Reset“ bezeichnet eine Initiative des Weltwirtschaftsforums zur Neuordnung der Weltwirtschaft nach der Coronapandemie. In verschwörungstheoretischen Kreisen wird dieser Begriff – oftmals antisemitisch konnotiert – für angebliche Weltherrschaftspläne finanzieller und politischer Eliten verwendet.

Das aufgelöste und neu strukturierte IfS sieht sich als prägenden Ideen- und Impulsgeber der Neuen Rechten. Strategie und Zielsetzungen sind darauf ausgerichtet, in den vorpolitischen Raum zu wirken, um damit die Verschiebung der Machtverhältnisse im eigenen Sinne zu ermöglichen und zu befördern. Dabei vertritt es einen ethnisch-abstammungsmäßig definierten Volksbegriff, weist eine migranten- und muslimfeindliche sowie mitunter rassistische ideologische Ausrichtung auf und verbreitet geschichtsrevisionistische Positionen und vereinzelt antisemitische Narrative.

#### „Verlag Antaios“



Der seit Mai 2024 als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestufte „Verlag Antaios“ wirkt in erster Linie durch sein zielgerichtet erstelltes Verlagsprogramm in gesellschaftspolitische Debatten hinein und übt nicht zuletzt aufgrund der Reichweite der Onlinepräsenz sowie durch öffentliche Auftritte von Verlagsangehörigen einen erheblichen Einfluss auf den politischen Diskurs aus. So hat der „Verlag Antaios“ im Berichtsjahr erfolgreich an der Platzierung des Begriffs „Remigration“ im allgemeinspolitischen Raum mitgewirkt. Sowohl in den verlagseigenen Publikationen als auch im Rahmen der von ihm mitverantworteten Formate finden sich insbesondere das Verständnis von einer ethnisch-abstammungsmäßig definierten Volkszugehörigkeit sowie mitunter ausländerfeindliche, rassistische und geschichtsrevisionistische Inhalte.

Der „Verlag Antaios“ und das IfS weisen personelle, adressbezogene, organisatorische und inhaltliche Überschneidungen auf, welche eine trennscharfe Differenzierung zwischen beiden Akteuren oftmals erschweren beziehungsweise mitunter unmöglich machen. So hat im Juli 2024 der „Verlag Antaios“ im Zuge der Neustrukturierung des IfS eine bereits etablierte Veranstaltung („Sommerfest“) in alleiniger Verantwortung ausgerichtet.

## V. Rechtsextremistisches Parteienspektrum

Neben den Wahlerfolgen der „Alternative für Deutschland“ (AfD, Verdachtsfall) vor allem bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg konnte im Berichtsjahr erstmals auch die Partei „Freie Sachsen“ nennenswerte Wahlergebnisse erzielen. Die übrigen rechtsextremistischen Parteien blieben bei Wahlen

hingegen weitestgehend bedeutungslos. Dennoch spielen sie aufgrund ihrer Organisationsstrukturen eine wichtige Rolle bei der internen Vernetzung der rechtsextremistischen Szene.

## 1. „Die Heimat“ (vormals „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, NPD)

Auf ihrem Bundesparteitag am 3. Juni 2023 in Riesa (Sachsen) hatte die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) die Umbenennung in „Die Heimat“ beschlossen. Gleichzeitig läutete die Partei eine strategische Neuausrichtung ein. Mit einem bürgernahen Auftreten, dem Anschluss an lokale Protestbewegungen und dem Aufbau eines vorpolitischen Angebots wollte man Vertrauen zurückgewinnen und die Basis für zukünftige Wahlerfolge legen. Wie die Partei wiederholt betonte, bedeuteten der neue Name und das modernere Auftreten nicht, dass man die programmatischen oder ideologischen Fundamente aufgeben wolle; eine Anpassung an das politische System oder eine inhaltliche Mäßigung seien nicht geplant. Auch das 2010 beschlossene Parteiprogramm blieb unangetastet.



Wie auch 2023 versuchte „Die Heimat“ im Berichtsjahr weiterhin, ihre thematischen Schwerpunkte an die ausgegebene Zielsetzung anzupassen, sich also bürgernäher und pragmatischer zu präsentieren. So legte „Die Heimat“ den Fokus auf Themen wie Sozialpolitik, die Energiewende und die Migrationspolitik und versuchte, dadurch an breite gesellschaftliche Debatten anzuknüpfen. Auch die Vernetzung mit anderen Akteuren des rechtsextremistischen Spektrums blieb ein zentrales Ziel der Partei. Die Zusammenarbeit mit der rechtsextremistischen Regionalpartei „Freie Sachsen“ intensivierte sich merklich. Kooperationen und enge Kontakte in das neonazistische Spektrum bestehen weiterhin und werden von „Die Heimat“ gepflegt. Insgesamt blieben die öffentlich wahrnehmbaren Aktivitäten aber auf einem sehr niedrigen Niveau.

## Themen- schwerpunkte

Dies äußerte sich auch in den Wahlergebnissen: Bei den Kommunalwahlen 2024 unter anderem in Thüringen verlor „Die Heimat“ zahlreiche Mandate. Auch bei der Europawahl 2024 verpasste die Partei mit 0,1 % (2019: 0,3 %) ihr selbst gesetztes Ziel, wie 2014 ein Mandat zu erringen, deutlich. Der Abwärtstrend der Mitgliederzahlen konnte auch im Berichtsjahr nicht gestoppt werden.

Im Zeichen der niedrigen Wahlergebnisse und rückläufigen Mitgliederzahlen stand auch der 39. ordentliche Bundesparteitag am 23. und 24. November 2024, auf welchem der langjährige Chefredakteur der „Deutschen Stimme“ Peter Schreiber zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt wurde.

### Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung

Das 2019 begonnene Verfahren zum Ausschluss der Partei „Die Heimat“ von der staatlichen Parteienfinanzierung kam mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 23. Januar 2024 zum Ende. Demzufolge ist „Die Heimat“ für sechs Jahre von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen.<sup>45</sup>

### Jugendorganisation „Junge Nationalisten“

Während „Die Heimat“ weiterhin eine markante Mobilisierungsschwäche aufweist, zeigt sich bei der Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ (JN) ein deutlicher Zuwachs des Personenpotenzials und Aktivitätsniveaus. Dabei traten die JN vor allem durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, insbesondere in Form von Protesten gegen CSD-Veranstaltungen, in Erscheinung. Ein gewaltsamer Übergriff auf den sächsischen Spitzenkandidaten der SPD im Europawahlkampf durch Angehörige und Personen aus dem Umfeld des Dresdener JN-Stützpunkts „Elblandrevolte“ unterstreicht die Radikalität in Teilen des Jugendverbands.

Die aus ausgetretenen Verbänden und Einzelpersonen Ende 2023 neu gegründete „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) sieht sich als legitime Nachfolgerin der „alten“ NPD und trat zunehmend in Erscheinung.<sup>46</sup> Die derzeit aktivsten Landesverbände der NPD sind Baden-Württemberg und Hamburg.

## 2. „DIE RECHTE“



Der bereits in den Vorjahren deutlich wahrnehmbare Niedergang der Partei „DIE RECHTE“<sup>47</sup> hat sich im Berichtsjahr weiter fortgesetzt. Bedingt durch die Abkehr zahlreicher Parteimitglieder gehen mittlerweile von keinem Landesverband mehr relevante Aktivitäten aus. Geringfügige Reststrukturen bestehen neben Nordrhein-Westfalen (Gelsenkirchen/Recklinghausen) nur noch

<sup>45</sup> BVerfG, Urteil vom 23.01.2024 – 2 BvB 1/19.

<sup>46</sup> Die NPD ist seit Januar 2024 bei der Bundeswahlleiterin eingetragen.

<sup>47</sup> Am 18. März 2025 gab „DIE RECHTE“ über ihren Telegram-Kanal die Selbstauflösung sämtlicher Kreis- und Landesverbände sowie der Gesamtpartei bekannt.

im Landesverband Südwest (Rheinland-Pfalz/Saarland) sowie in Niedersachsen. Öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Demonstrationen wurden zum Teil unter Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Akteuren organisiert. In der Regel konnten jedoch lediglich Teilnehmerzahlen im niedrigen zweistelligen Bereich mobilisiert werden. So fanden die einzig nennenswerten Demonstrationen von „DIE RECHTE“ mit der neu gegründeten NPD am 1. Mai 2024 in Celle (Niedersachsen) mit 20 Teilnehmern sowie mit der „Neue Stärke Partei“ (NSP) am 29. Juni 2024 mit 40 Teilnehmern in Grevesmühlen (Mecklenburg-Vorpommern) statt. Weitere parteitypische Aktivitäten wie Wahlkämpfe und -antritte sowie Kampagnen oder eine nennenswerte politische Kommunikation an die Öffentlichkeit waren im Berichtsjahr kaum noch wahrzunehmen.

Der trotz der innerparteilichen Probleme bisher um den formalen Erhalt des Parteienstatus bemühte Parteigründer und Bundesvorsitzende Christian Worch suchte zuletzt merklich den Schulterschluss mit der neu gegründeten NPD. Nachdem ein Wiederaufleben der eigenen Parteiaktivitäten derzeit ausgeschlossen erscheint, ist ein mittelfristiger Zusammenschluss mit der NPD denkbar.

### 3. „Der III. Weg“

Im Jahr 2024 setzte die Partei „Der III. Weg“ den Ausbau ihrer Strukturen fort. Mit den drei neu gegründeten Stützpunkten „Ostsachsen“ (Sachsen), „Anhalt“ (Sachsen-Anhalt) und „Bodensee/Südbaden“ (Baden-Württemberg) verfügt die Partei nun über insgesamt 27 lokale Stützpunkte sowie die vier Landesverbände Brandenburg, Bayern, Sachsen und West. Dem gegenüber steht der Verlust von zwei der bisher vier Bürger- und Parteibüros in Ohrdruf (Thüringen) und in Plauen (Sachsen). Die beiden Parteibüros in Hilchenbach (Nordrhein-Westfalen) und Schweinfurt (Bayern) bestehen dagegen weiterhin.



Wie in den Vorjahren verzichtete „Der III. Weg“ weitgehend auf die Durchführung größerer überregionaler Veranstaltungen. Regional versuchte man allerdings, Anschluss an bundesweite Protestbewegungen zu finden, unter anderem an jene gegen CSD-Veranstaltungen im Frühjahr/Sommer 2024. Aufgrund ihrer neonazistischen Ideologie lehnt die Partei die Anerkennung und den Schutz

### Strategie

von Lebensentwürfen abseits des traditionellen Familienbildes grundsätzlich ab und verunglimpft diese als „abnormal“. Mittels Flugblattverteilungen, Banneraktionen und Stickern zielt sie darauf ab, insbesondere junge Menschen zu mobilisieren und für die eigene Partei zu rekrutieren.

### Wahlteilnahme in Brandenburg

Mit der Gründung des Landesverbands Brandenburg im Jahr 2023 hatte die Partei „Der III. Weg“ die Grundlage für die Teilnahme an den Kommunal- und Landtagswahlen gelegt. Bei den Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 konnte sie lediglich ein Mandat im Landkreis Prignitz erringen und blieb damit hinter den eigenen hochgesteckten Erwartungen zurück. Demgegenüber war der Antritt zur Landtagswahl am 22. September 2024 rein strategischer Natur. Mit 0,05 % der Erststimmen und 0,12 % der Zweitstimmen blieb „Der III. Weg“ bedeutungslos. Die Partei verbuchte die Wahlteilnahme dennoch als Erfolg, da Ziel des vergleichsweise sehr intensiv geführten Wahlkampfs – unter anderem führte „Der III. Weg“ mehrere Kundgebungen und zahlreiche Flyer-Verteilaktionen durch – die Steigerung der eigenen Bekanntheit und die Festigung des Parteienstatus gewesen sei.

### „National- revolutionäre Jugend“

Wie im Vorjahr bildete auch im Jahr 2024 die Nachwuchswerbung einen Schwerpunkt in der Tätigkeit der Partei. Hierzu baute sie ihre Präsenz in den sozialen Medien weiter aus. Insbesondere die Plattform TikTok wurde zunehmend für die Verbreitung von Propagandaclips genutzt. Zielgruppe waren dabei Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 12 und 25 Jahren und insbesondere männliche, gewaltinteressierte Jugendliche. Den Rahmen für die Jugendarbeit bildete die parteiinterne Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ), die durch zielgruppenorientierte Aktionen und Veranstaltungen Jugendliche an die Partei und deren Ideologie heranführen und darüber hinaus auch als Reservoir für zukünftige Kader fungieren soll. Hierzu dienen Wanderungen oder Kampfsporttraining, aber auch Gemeinschaftsveranstaltungen und Ausflüge. Gewöhnlich ist die Partei hierbei um ein gewaltfreies Auftreten bemüht. Nur die NRJ im Raum Berlin/Brandenburg bildet durch ihr aggressives Auftreten hierbei bisher eine Ausnahme. So waren wiederholt provokative Aktionen gegen (vermeintliche) politische Gegner festzustellen; in mehreren Fällen waren Angehörige der NRJ Berlin/Brandenburg an gewaltsamen Auseinandersetzungen beteiligt.

Der Jugendarbeit dienen auch die zunehmenden Auslandskontakte der Partei „Der III. Weg“. Im Mai nahm eine Gruppe der NRJ an einer Neonazi-Versammlung in Paris (Frankreich) teil. Hierbei wurden nicht nur bestehende Kontakte gepflegt, sondern auch neue Verbindungen geknüpft. Insbesondere die internationale „Active Club“-Szene gewann für die Partei an Bedeutung. So war es nicht verwunderlich, dass bei einem von „Der III. Weg“ organisierten und polizeilich aufgelösten Kampfsportevent in Hachenburg im Oktober 2024 (vgl. Kap. III, Nr. 2) auch Angehörige eines niederländischen „Active Clubs“ angetroffen wurden.

## Internationale Kontakte

Wie in den Vorjahren setzte die Partei auch im Berichtsjahr die Unterstützung ukrainischer Nationalisten und deutscher Kriegsfreiwilliger im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine fort. Einen gewissen Höhepunkt bildete hierbei die internationale Konferenz „Nation Europa“ im westukrainischen Lwiw im August 2024, an der neben „Der III. Weg“ zahlreiche weitere Vereinigungen, darunter das von diesem unterstützte „Deutsche Freiwilligenkorps“, teilnahmen. Mit der Parteinahme für die Ukraine bildet „Der III. Weg“ eine Ausnahme innerhalb der rechtsextremistischen Szene, welche sich zu großen Teilen prorussisch positioniert. Aus Sicht der Partei habe sich der „Befreiungskampf“ europäischer Nationalisten gegen jegliche Art von „Imperialismus“ zu richten und die europäischen Nationen müssten dabei zusammenstehen.

## 4. „Freie Sachsen“

Die rechtsextremistische Regionalpartei „Freie Sachsen“ tat sich im Berichtsjahr erneut durch die hohe Anzahl durchgeführter Demonstrationen hervor. Bestimmender Faktor war dabei der Wahlkampf zu den sächsischen Kommunal- und Landtagswahlen im Juni beziehungsweise September 2024. Die „Freien Sachsen“ bewiesen dabei erneut ihre Fähigkeit, aktuelle, anschlussfähige politische Entwicklungen zu identifizieren, extremistisch umzudeuten und für sich auszunutzen. Die Proteste gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung im Winter 2023/2024 nahm die Partei beispielsweise zum Anlass, einen „Tag des Widerstandes“ am 8. Januar 2024 in Dresden auszurufen. An der Demonstration nahmen mehrere Tausend Personen teil. Losgelöst von dem ursprünglichen Ziel der sogenannten Bauernproteste schrieb die Partei auf Telegram dazu:



„(...) der heutige Tag ist ein weiterer Meilenstein in der Geschichte des sächsischen Bürgerwiderstandes. (...) Und das muss erst der Anfang sein: Gemeinsam wollen wir diese Regierung abwickeln und unser Land von unten nach oben neu errichten.“

(Telegram-Kanal „Freie Sachsen“, 8. Januar 2024)

Mobilisierungserfolge in dieser Größenordnung bilden zwar die Ausnahme, dennoch gelang es den „Freien Sachsen“ regelmäßig, Teilnehmerzahlen im niedrigen drestelligen Bereich zu ihren Kundgebungen zu mobilisieren und so das Demonstrationsgeschehen in Sachsen signifikant zu beeinflussen. Eine wichtige Rolle spielte dabei weiterhin der Protest gegen Migranten allgemein und lokale Asylbewerberheime im Speziellen.



Abseits des Straßenprotests versucht die Partei auch Einfluss in den Parlamenten zu gewinnen. Sie trat zu den sächsischen Kommunalwahlen im Juni und der Landtagswahl im September 2024 an. Der Parteivorsitzende begründete diese Entscheidung unter anderem damit, dass man nach der „nächsten Wende“ fähige Kommunalpolitiker brauche und daher schon jetzt Erfahrung sammeln müsse. Auch könne man über die Mitarbeit in den Kommunalgremien frühzeitig an Informationen gelangen, die der breiten Öffentlichkeit vorenthalten blieben. Die „Freien Sachsen“ sehen die politischen Prozesse in erster Linie als nützliches Werkzeug zur Vorbereitung eines Systemwechsels. Mit einem landesweiten Ergebnis von 2,7 % gelang der Einzug in alle sächsischen Kreistage sowie in mehrere Gemeinde- und Stadträte. Bei der Landtagswahl erhielt die Partei 2,2 % der gültigen Stimmen und scheiterte damit an der Sperrklausel, profitiert aber von der staatlichen Parteienfinanzierung, was ihren Handlungsspielraum weiter ausweiten dürfte.

Im Berichtsjahr reisten mehrfach Personen aus dem Umfeld der „Freien Sachsen“ nach Russland. Eigenen Aussagen zufolge traf man sich auf diesen sogenannten Druschba<sup>48</sup>-Fahrten unter anderem mit Vertretern der russischen Präsidialverwaltung. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine verbreiten die „Freien Sachsen“ immer wieder prorussische Narrative und positionieren sich dezidiert prorussisch.

<sup>48</sup> „Druschba“ (russ.): „Freundschaft“.



## 5. Verdachtsfall „Alternative für Deutschland“ (AfD)

Die 2013 gegründete Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) wird seit März 2022 durch das BfV als Verdachtsfall bearbeitet, nachdem eine bereits im Jahr 2021 aufgenommene Verdachtsfallbearbeitung zunächst aufgrund einer gerichtlichen Zwischenverfügung unterblieb. Mit Urteil vom 8. März 2022 und Beschluss vom 10. März 2022 bestätigte zunächst das VG Köln<sup>49</sup> und anschließend mit Urteil vom 13. Mai 2024 das OVG des Landes Nordrhein-Westfalen die Verdachtsfalleinstufung als rechtmäßig.<sup>50</sup> Gegen die Nichtzulassung der Revision wurde seitens der AfD Beschwerde beim OVG eingelegt. Das OVG hat der Beschwerde mit Beschluss<sup>51</sup> vom 16. September 2024 nicht abgeholfen und sie dem BVerwG zur Entscheidung vorgelegt.<sup>52</sup>

**Gerichtliche  
Überprüfung der  
Einstufung als  
Verdachtsfall**



Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die ehemalige AfD-Teilorganisation „Der Flügel“ und ihr Personenpotenzial in der AfD aufgegangen sind, wurde die Bearbeitung des „Flügels“ als eigenständiges Beobachtungsobjekt zum 1. Januar 2024 eingestellt. Die Anhänger des ehemaligen „Flügels“ sind innerhalb der AfD jedoch weiterhin eng vernetzt und prägen diese zum Teil in erheblichem Ausmaß.<sup>53</sup>

**Entwicklung**

Im Verlauf des Jahres 2024 wuchs die Mitgliederzahl der AfD nach eigener Aussage der Partei um circa 10.000 Personen auf über 50.000 Mitglieder an.<sup>54</sup>

Da sich der bereits in den letzten Jahren beobachtete Prozess der ideologischen Harmonisierung der AfD ausweislich fortgesetzter verfassungsschutzrelevanter Äußerungen und Positionierungen von Parteifunktionären auch im Berichtsjahr fortgesetzt hat, ist davon auszugehen, dass mit dem Anstieg der Mitgliederzahl auch das extremistische Personenpotenzial in der AfD entsprechend zugenommen hat. Für die Homogenisierung spricht auch, dass liberalkonservative Positionen öffentlich kaum noch wahrnehmbar sind und die Positionen des sogenannten solidarisch-patriotischen

<sup>49</sup> VG Köln, Urteil vom 08.03.2022 – Az. 13 K 326/21 und Beschluss vom 10.03.2022 – Az. 13 L 105/21.

<sup>50</sup> OVG NRW, Urteil vom 13.05.2024 – Az. 5 A 1218/22.

<sup>51</sup> OVG NRW, Beschluss vom 16.09.2024 – Az. 5 A 1216/22.

<sup>52</sup> Das Urteil ist somit noch nicht rechtskräftig.

<sup>53</sup> VG Berlin, Beschluss vom 02.02.2024 – VG 1 L 340/23; OVG NRW, Urteil vom 13.05.2024 – 5 A 1216/22.

<sup>54</sup> Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) (14. November 2024).

Lagers<sup>55</sup> inzwischen zumeist unwidersprochen vertreten werden. Dies wurde auch durch die Landtagswahlkampagnen der AfD in Brandenburg, Sachsen und Thüringen bestätigt, in deren Rahmen regelmäßig verfassungsschutzrelevante Positionen durch führende Parteimitglieder vertreten wurden. Beispielsweise äußerte der Spitzenkandidat der AfD Thüringen Björn Höcke im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung in Erfurt (Thüringen):

*„(...) der 1. September 2024 kann eine historische Zäsur bedeuten. Er kann dazu führen, dass das Kartellparteiensystem der Bundesrepublik Deutschland implodiert und dass endlich etwas entsteht, was eine wirkliche Demokratie ist.“*  
(YouTube-Kanal „AfD TV“, 31. August 2024)

**Ideologie** In den Verlautbarungen der AfD und ihrer Repräsentanten kommt vielfach ein ethnisch-abstammungsmäßig geprägtes Volksverständnis zum Ausdruck, das im Widerspruch zum Volksverständnis des Grundgesetzes steht.<sup>56</sup> Weiterhin nimmt die Behauptung eines vermeintlich politisch forcierten Verdrängungsprozesses zulasten der von der AfD als ethnisch-deutsch verstandenen Bevölkerung zentrale Bedeutung in ihrer Agitation ein. In diesem Zusammenhang werden regelmäßig rechtsextremistische und verschwörungstheoretische Narrative wie das einer „Umvolkung“ oder eines „Großen Austauschs“ aufgegriffen, vermehrt auch unter Verwendung alternativer Begriffe wie „Bevölkerungsaustausch“ oder „Ersetzungsmigration“. Als Endpunkt dieses konstruierten Transformationsprozesses imaginiert die AfD die Zerstörung der ethnisch-kulturellen Identität des „autochthonen deutschen Volkes“ und letztlich dessen substanzielle Vernichtung. Der Spitzenkandidat der AfD zur Wahl des Europäischen Parlaments 2024 und damalige Beisitzer im Bundesvorstand Maximilian Krah äußerte beispielsweise in einem Beitrag auf der Internetplattform X:

<sup>55</sup> Der Begriff des „solidarischen Patriotismus“ steht für eine Verknüpfung von sozialpolitischen mit nationalistischen Positionen. Das solidarisch-patriotische Lager in der AfD und ihrer Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) steht für eine völkisch-nationalistische Ausrichtung und eine Vielzahl rechtsextremistischer Positionen und Bezüge.

<sup>56</sup> OVG NRW, Urteil vom 13.05.2024 – 5 A 1218/22.

*„Deutschland: Masseneinwanderung bei gleichzeitigem Sterbeüberschuss der Autochthonen, das ganze seit fast 50 Jahren mit Eskalation ab 2010. Natürlich ist das ein Bevölkerungsaustausch!“*

*(Kurznachrichtendienst X, 9. September 2024)*

Darüber hinaus fanden sich auch im Berichtsjahr zahlreiche fremden- und muslimfeindliche Positionen in den Verlautbarungen der AfD. Insbesondere Asylsuchenden und Migrantinnen und Migranten aus islamisch geprägten Herkunftsländern wurden oftmals verallgemeinernd eine kulturelle Inkompatibilität sowie ein ausgeprägter Hang zur Kriminalität unterstellt. Das Narrativ pauschal gewaltbereiter und mithin gefährlicher Migrantinnen und Migranten wird durch die Verwendung von Wortkreationen wie „Messerkultur“, „Messereinwanderung“, „Messermigration“ oder „Messermänner“ suggeriert. Diese rassistische Agitation der AfD zeigt sich beispielhaft in einem Beitrag des AfD-Bundesverbands auf dem Kurznachrichtendienst X vom 7. September 2024, in welchem die AfD von einem migrationsinduzierten „Höllensommer“ sprach. Dazu veröffentlichte sie ein Bild, auf welchem der Arm eines nicht weißen Mannes mit einem blutverschmierten Messer dargestellt ist:

*„Der ‚Höllensommer‘, den wir derzeit in Deutschland erleben, hat nichts mit dem Klima zu tun. Freibäder sind zu Angsträumen geworden, Messerattacken an der Tagesordnung, während die etablierten Parteien wegschauen.“*

*(Kurznachrichtendienst X, 7. September 2024)*



Die AfD schürt mit ihrer fortgesetzten Agitation die Angst vor einer „Überfremdung“ Deutschlands. So schrieb die AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum:

*„Für mich als ethnisch Deutsche ist dieses Deutschland zu einem Alptraum geworden, in dem ich mich vor Überfremdung kaum noch retten kann.“*

*(Onlineplattform Facebook, 14. September 2024)*

Als Maßnahme setzt der AfD-Bundesverband dem drohenden „Untergang“ in einem Beitrag auf dem Kurznachrichtendienst X mit dem Stichwort „Remigration“ kollektive Rückführungen entgegen:

„Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Remigration mit der #AfD oder Untergang!“  
(Kurznachrichtendienst X, 11. Januar 2024)

Verlautbarungen der AfD weisen außerdem Diffamierungen und Verunglimpfungen politischer Gegner, aber auch des Staates und seiner Repräsentanten in Gänze auf. Diese haben nicht eine Auseinandersetzung in der Sache, sondern eine generelle Herabwürdigung und Verächtlichmachung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland zum Ziel.

**Vernetzung** Auch 2024 waren verfestigte Verbindungen zu Akteuren und Organisationen des extremistischen Teils der Neuen Rechten feststellbar. Insbesondere zu nennen sind in diesem Zusammenhang das aufgelöste und neu strukturierte „Institut für Staatspolitik“ (IfS), „Ein Prozent e.V.“ sowie die „COMPACT-Magazin GmbH“ (vgl. Kap. IV). Darüber hinaus ist zunehmend eine internationale Vernetzung und eine Diffusion der Grenzen zwischen Partei und Vorfelddorganisationen zu beobachten. So fand am 5. Oktober 2024 in Overath (Nordrhein-Westfalen) der „4. Europäische Frauenkongress“ der AfD statt. Als Veranstalterin trat die im Europäischen Parlament neu gegründete und von der AfD dominierte Fraktion „Europa der Souveränen Nationen“ (ESN) auf. An dieser Veranstaltung nahmen neben Abgeordneten der AfD und Vertretern anderer, der ESN-Fraktion angehörender europäischer Parteien aus Bulgarien, den Niederlanden und Tschechien, auch Aktivisten einer der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD, vgl. Kap. IV) nahestehenden gewaltbereiten „patriotischen Jugendbewegung“ aus der Schweiz teil. Die Veranstaltung wurde neben der AfD auch durch eine Nachfolgeorganisation der offiziellen IBD-Strukturen in Nordrhein-Westfalen mitorganisiert und beworben.

## 6. „Junge Alternative für Deutschland“ (JA)

Die 2013 gegründete „Junge Alternative für Deutschland“ (JA) war im Berichtsjahr die offizielle Jugendorganisation der AfD (Verdachtsfall)<sup>57</sup>. Sie gliedert sich formal in 16 Landesverbände und erreichte 2024 mit einer Mitgliederzahl von rund 4.300 Personen



<sup>57</sup> Auf ihrem Bundesparteitag am 11. und 12. Januar 2025 in Riesa (Sachsen) beschloss die AfD mit Wirkung zum 1. April 2025 die Aberkennung der JA als offizielle Jugendorganisation sowie die Gründung einer neuen Jugendorganisation.